Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 11

Buchbesprechung: Bücher
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bücher

ZUR AMERIKANISCHEN AUSSENPOLITIK 1945–1970

In dieser Sammelbesprechung sollen einige Neuerscheinungen – sowohl Berichte von am Geschehen selbst Beteiligten als auch politologisch-historische Untersuchungen – kurz angezeigt werden, wobei zwei Fragenkomplexe besonders wichtig und aufschlussreich erscheinen: Wie haben sich und wie sollen sich die Vereinigten Staaten verhalten in der Auseinandersetzung mit der Gegenmacht Russland, aber auch in der weltweiten Konfrontation mit einer national-revolutionären Bewegung, die den amerikanischen Führungsanspruch zurückweist und dem amerikanisch-westlichen Selbstverständnis entgegengesetzte Ordnungsvorstellungen vertritt? Wo liegt das «nationale Interesse» der USA und wie ist es neu zu fassen in einer Welt, die sich von einer bipolaren zu einer multipolaren Machtstruktur gewandelt hat, nachdem die Intervention in Vietnam eine Überprüfung der dieser Politik zugrunde liegenden Konzepte provozierte? Aber auch die Art und Weise, wie in Washington Entscheidungen zustande gekommen sind, verlangt nach kritischer Durchleuchtung; je schwieriger es für den Aussenstehenden geworden ist, selbst mit Hilfe einer glänzend informierten Presse zu überprüfen, wie innerhalb des aufgeblähten Apparates der für Aussenpolitik zuständigen Ministerien, Ämter und Beratergremien und in der Auseinandersetzung zwischen State Department und Pentagon, aber auch zwischen Präsident und Kongress der politische Kurs festgelegt wird, desto stärker hat sich das Bedürfnis abgezeichnet, die diffuse Machtstruktur in Washington und den Entscheidungsprozess im amerikanischen Präsidialsystem zu analysieren. Die angezeigten Bücher vermitteln wertvolle Einblicke und helfen uns Klarheit zu gewinnen über die in Gang befindliche Neuorientierung der amerikanischen Aussenpolitik, die Präsident Nixon angekündigt hat.

Acheson – Aussenminister an der Zeitenwende

Die Memoiren *Dean Achesons*, des amerikanischen Aussenministers unter Truman in den entscheidenden Jahren 1949–1953, verdienen es, an den Anfang gestellt zu werden[1]. Breit angelegt, aber glänzend geschrieben, vornehm in der Haltung und nicht ohne Stolz auf das Geleistete bilden sie eine eindrückliche Selbstdarstellung dieses wohl repräsentativsten Vertreters des «East Coast Establishment». Acheson ist kein Karrierediplomat und auch kein Parteipolitiker, sondern erfolgreicher Anwalt, der aus Pflichtbewusstsein und Neigung bereit ist, öffentliche Ämter zu übernehmen; er kennt den Regierungsapparat, er kennt auch zahlreiche Persönlichkeiten in Spitzenstellungen von Politik und Wirtschaft vom gemeinsamen Studium an einer der Eliteuniversitäten, was ihm die Kontaktnahme und die Besetzung wichtiger Posten ungemein erleichtert. Der Bericht ist sachorientiert, aber es fehlen nicht prägnante Portraits und Charakterisierungen. Achesons persönliche Hochachtung gilt vor allem Truman als dem menschlich offenen, fairen, entscheidungsfreudigen und seine Mitarbeiter deckenden Präsidenten und General Marshall, dem zurückhaltenden, aber überlegen führenden Public

Servant («don't fight the problem, solve it!»).

Acheson, der eigenartigerweise ausgerechnet Roosevelt vorwirft, die Gefahr von seiten Deutschlands und Japans nicht rechtzeitig gesehen und sich einseitig innenpolitischen Problemen zugewandt zu haben, setzt ein mit seinem Eintritt ins State Department im Februar 1941 als Assistant Secretary for Economic Affairs und gibt einen Einblick in die weitgehend improvisierte wirtschaftliche Kriegführung vor und nach dem Kriegseintritt der USA. Die Schweizer als «the cube of stubborness» kommen dabei schlecht weg, da sie sich amerikanischem Druck hartnäckig widersetzt und ihre Lieferungen an Deutschland erst eingestellt hätten, als sich der alliierte Sieg abzeichnete. Bemerkenswert die wichtige Rolle von Keynes, der als temperamentvolles Mitglied der britischen Delegation für die Abkommen von Bretton Woods, aber auch als anerkannter Experte früh die katastrophale Nachkriegssituation Europas, vor allem den Mangel an Dollars für den Wiederaufbau, voraussah und die Vereinigten Staaten auf ihre Leaderfunktion in der künftigen Weltwirtschaft hinwies. Dennoch hält Acheson ausdrücklich fest, dass man das Ausmass der britischen und europäischen «exhaustion» zu Ende des Krieges stark unterschätzt habe; den unvermittelten Abbruch der Lend-Lease-Lieferungen an England 1945 hat Truman selber als Fehler beurteilt. Bezeichnend auch, dass Amerika unter Aussenminister Hull seine traditionelle Forderung nach «open door», das heisst nach freiem Zugang zu allen Märkten, sehr energisch zur Geltung brachte und bereits 1941 England massiv unter Druck setzte, auf die Ottawa-Verträge zu verzichten. Geradezu naiv muten die Vorstellungen eines Mannes der Wirtschaft wie Paul Hoffman an, der noch 1949 als Chef der European Cooperation Administration die Briten aufforderte, ihre Produktionskosten, das heisst die Löhne zu senken, um die dringend benötigten Dollars durch massive Steigerung ihres Exportes nach den USA selbst zu «verdienen», was den von Acheson sehr geschätzten Bevin in Rage brachte und die berechtigte Frage stellen liess, ob denn der Kongress auch bereit sein werde, die englischen Waren hereinzulassen – in der Vorkriegszeit sei das keineswegs der Fall gewesen! Von der Nachkriegsplanung Washingtons hält Acheson nicht viel; eine Unzahl von Komitees seien am Werk gewesen, aber ohne Koordination, Zielsetzung und Wirkung. Faktisch habe man improvisiert und auf Anstösse von aussen reagiert. Dies gilt aber auch für die Folgezeit und wird durch die anderen Darstellungen bestätigt. Eine gewisse Ausnahme stellt der von Marshall einberufene Planungsstab unter George F. Kennan dar, der aber bereits in der Ära Eisenhower an Bedeutung einbüsste und 1969 aufgelöst wurde.

Die Vorgeschichte der Trumandoktrin und der Marshallhilfe ist dank älterer Darstellungen und den Memoiren Kennans weitgehend bekannt, doch gibt Acheson persönliche Ergänzungen. In den Führungsgremien war man sich der kritischen Situation in Griechenland bewusst geworden, noch bevor der britische Botschafter recht unvermittelt mitteilte, England habe nicht mehr die Mittel zur militärisch-finanziellen Hilfeleistung. Achesons Nachfolger als Assistant Secretary for Economic Affairs, Will Clayton, hat zudem in einem wichtigen Memorandum die katastrophale Wirtschaftlage in Westeuropa und die Gefahr legaler kommunistischer Machtergreifungen eindrücklich dargelegt und grosszügige Finanzhilfe in der Höhe von 5 Milliarden Dollar gefordert, notwendig «to our own security». Planungsstab und Acheson haben sich eingeschaltet, das Verdienst Marshalls bleibt es jedoch, eine grosszügige Lösung durchgesetzt und in Gang gebracht zu haben. Anschaulich wird berichtet, wie Senat und Öffentlichkeit bearbeitet wurden, durch sorgfältig vorbereitete Reden von Regierungsmitgliedern und engen Kontakt mit dem Kongress. Schlüsselfigur war hier der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Vandenberg, der sich zwar vom Isolationisten zum Interventionisten gewandelt hatte, den

Kurs der Administration unterstützte, auch gegen heftigen Widerstand im Ausschuss, aber auf der Kontrollbefugnis des Senates beharrte, die Schritte des State Department mit einigem Misstrauen verfolgte und jeweils sorgfältig informiert und überzeugt sein wollte. So positiv dieser Kontrollanspruch im Sinne von «checks and balances» zu bewerten ist, so zeigt doch der Bericht Achesons, wieviel Zeit und Energie der ohnehin überbeanspruchte Aussenminister dem Kongress zu widmen hat und wie hartnäckig die Senatoren auf den einmal bezogenen Positionen beharren und damit eine flexible Führung der Aussenpolitik erschweren. Vor allem darf die souveräne Entscheidungsgewalt der USA und damit des Senates nicht geschmälert werden, was zum Beispiel bei der Errichtung des NATO-Kommandos und mit der Verpflichtung zu einem «automatic involvment» für den Fall, dass ein Partner angegriffen würde, zu einer äusserst heftigen Diskussion Anlass gab und – ganz allgemein – alle amerikanischen Parolen von Gemeinschaft, Partnerschaft oder gar Beteiligung an übernationalen Organisationen fragwürdig erscheinen lässt. Acheson ist denn auch gegenüber dem Senat, dessen selbstbewusste Vertreter sich oft in sehr undifferenzierter Weise über aussenpolitische Probleme äusserten, recht kritisch: «Senators are a prolific source of advise, but most of it is bad.»

Fragen der Atomenergie, Maos Sieg in China, Korea und die Absetzung Mac Arthurs, der Nahe Osten, der Iran und der Friedensvertrag mit Japan 1951, die ersten NATO-Konferenzen und die Bemühungen um eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft als ein Mittel, einen deutschen Verteidigungsbeitrag zu ermöglichen, werden in den Memoiren eingehend erörtert. Acheson bestätigt unter anderem, dass man sich im State Department schon recht früh bewusst geworden ist, dass die ehemaligen Feindmächte Deutschland und Japan «aufgebaut» werden mussten, um sowohl in Europa als auch in Asien eine neue «balance of power» zu errichten, wobei dem Koreakrieg insofern entscheidende Bedeutung zukommt, als erst er das Zeichen zur Wiederaufrüstung des eigenen Landes und zur Rüstungshilfe an die Alliierten gab. Acheson erwähnt natürlich seine umstrittene Rede vom 12. Januar 1950, in der er den amerikanischen Verteidigungsperimeter auf eine Linie von den Aleuten über Japan und die Ryukyu-Inseln bis zu den Philippinen festlegte und damit – wie die gängige These lautet – den Anschein erweckte, als ob die USA Korea nicht militärisch gegen einen Angriff aus dem Norden verteidigen würden. Er kann analoge Erklärungen MacArthurs zitieren und nimmt für sich in Anspruch, zusätzlich auf die Verpflichtung der Vereinten Nationen zum Schutz aller Völker gegen eine Aggression hingewiesen und damit mindestens indirekt die Möglichkeit eines amerikanischen Eingreifens angedeutet zu haben. Mit dem Ausbruch des Koreakrieges begannen die Militärs, die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu betreiben, während in Asien insofern ein weitreichender Kurswechsel erfolgte, als nun das kommunistische China als Satellit der Sowjetunion erschien, dessen «containment» sich aufdrängte; der Versuch, mit China einen Modus vivendi ausfindig zu machen, wurde damit aufgegeben. Gleichzeitig gewann Taiwan an Bedeutung, und der Indochinakrieg Frankreichs wurde fortan nicht mehr als Kolonialkrieg, sondern als Verteidigungskrieg der «freien Welt» gegenüber dem kommunistischen Block interpretiert und hat eine amerikanische Hilfeleistung an Frankreich eingeleitet, die 1954 Dulles und Admiral Radford einen massiven militärischen Einsatz zur Rettung der Franzosen erwägen liess, und schliesslich zu einem vollen amerikanischen Engagement auf dem asiatischen Kontinent geführt, obschon nicht zuletzt die Militärs davor gewarnt hatten. Man mag sich heute fragen, ob die Annahme einer engen russisch-chinesischen Kollaboration zutraf und eine amerikanische «overreaction» auslöste, mit der Tendenz, national-revolutionäre Bewegungen als von Moskau gesteuerte Aggressionshandlungen zu interpretieren; es bleibt jedoch das Verdienst Trumans,

Marshalls und Achesons, nach einigem Zögern die Führungsrolle der westlichen Welt übernommen und diesen Kurs gegen Widerstand der Isolationisten vom Schlage eines Taft oder Herbert Hoovers, aber auch gegen «the attack of the Primitives» (so nennt Acheson die McCarthy-Leute) konsequent verfolgt zu haben.

Berichte von «Insidern»

Klärende Einblicke oder gar «Enthüllungen» erwartet man von den Erinnerungen, die der berühmte langjährige Washingtoner Korrespondent der «New York Times», *Arthur Krock*, veröffentlich hat, weil gerade er über intimste Kenntnisse des amerikanischen Systems und der massgebenden Persönlichkeiten in Administration und Kongress verfügt und von den Präsidenten häufig zur Aussprache empfangen wurde[2]. Die Lektüre enttäuscht jedoch, und man ärgert sich einmal mehr, dass ein unbedeutendes Buch übersetzt – und erst noch schlecht – worden ist. Krock bietet nicht viel mehr als einige persönliche Erlebnisse, wenig aussagende Anekdoten und einen Ereigniskommentar, der einem Lehrbuch entnommen sein könnte. Recht interessant sind die Bemerkungen über den mit ihm befreundeten Vater der Kennedys, aufschlussreich ist, wie mimosenhaft empfindlich Präsidenten – Roosevelt und Kennedy – auf Kritik reagierten und wie aus persönlicher Zuneigung wenn nicht Hass, so doch Abneigung werden konnte. Einige Interviews zeigen, dass Kennedy sich nur zögernd ins Vietnam-Abenteuer einliess, aber auch sein nicht unberechtigtes Misstrauen gegenüber den Militärs: Nach der Schweinebuchtaffaire habe er das Vertrauen in die Stabchefs, die ihm versichert hätten, die Erfolgsaussichten in Kuba seien «ebenso gross wie in Guatemala» verloren. Mit Interesse nimmt man auch die – nicht überzeugende – Ehrenrettung Hoovers und Eisenhowers zur Kenntnis, aber geradezu erschreckend wirkt die Undifferenziertheit, ja Primitivität, mit der ein Mann vom Kaliber eines Krock gegen den modernen Sozialstaat zu Felde zieht: Anstatt für sich selber zu sorgen, werden die Amerikaner «mit Almosen aus der Bundeskasse betäubt», die Massnahmen des New Deals und der demokratischen Nachfolger Roosevelts hätten nur kleinen Interessengruppen und «nicht dem Lande» gedient, und «das freie Unternehmertum ist von den Gewerkschaften und durch die staatlich gesteuerte Wirtschaftspolitik an die Kette gelegt worden», und der Oberste Gerichtshof habe erst noch die «Oberherrschaft der Regierung und des Volkes» an sich gerissen, wobei Krock natürlich an dessen Aktivität in der Rassenfrage denkt. Man könnte meinen, man lese ein Goldwater-Pamphlet und macht sich Gedanken über die Diskrepanz, die offenbar zwischen einer mit allen Wassern gewaschenen Tagesberichterstattung, die den feinsten Schachzügen der Parteipolitiker nachspürt, und dem allgemeinen geistig-politischen Niveau bestehen kann – von einer solchen Basis aus besteht allerdings wenig Aussicht, der inneren Krise Amerikas Herr zu werden.

Niveau hat hingegen das Tagebuch *John Kenneth Galbraiths* als Botschafter in Indien[3]. Es berichtet in bunter Reihenfolge über politische Gespräche im Führungskreis zur Zeit Kennedys, über gesellschaftliche Anlässe, die der Professor für Nationalökonomie offenbar zu schätzen weiss, über Reiseeindrücke in Indien und Unterredungen mit Nehru. Betrachtungen zur allgemeinen Lage werden ergänzt durch den Abdruck persönlicher Briefe an den Präsidenten, der Galbraith auch deshalb nach Indien geschickt hat, um sich unter Umgehung des State Department orientieren zu lassen. Der brilliante Harvard-Mann, Freund Schlesingers, ist sich seiner Sonderstellung, nahe dem Ohr Kennedys, voll bewusst und äussert sich offen, gelegentlich nicht ohne kritischen Unterton. Peinlich wirken allerdings die arrogant-herablassenden Bemerkungen über Dean Rusk und das Aussenministerium; sie dokumentieren jedoch die für die Kennedy-Ära charakteristische ungesund-unhaltbare

Spannung zwischen State Department und persönlichem Beraterstab, ja die weitgehende Ausschaltung des Ministeriums zugunsten eines sehr engen Kreises mit intellektuellem Zuschnitt, aber auch mit der Folge, dass die eine Hand noch weniger als sonst wusste, was die andere tat, die Verantwortlichkeiten verwischt wurden und die Administration sich frustriert auf Routineangelegenheit zurückgedrängt sah. Man begreift allerdings den Ärger Galbraiths, wenn er auf seine Anfragen keine Antwort erhielt oder nur Platitüden oder bloss die Anweisung, sich ja nicht festzulegen; man begreift auch den Ärger des Intellektuellen über den aufgeblähten Apparat des Informationsdienstes in New Delhi, dessen Bulletins und Propaganda wertlos seien, ja in Indien geradezu provozierende Wirkung gehabt hätten (Polen sei vorbildhaft!), über einen Senator, der Nehru Antikommunismus predigte, über die zahlreichen, aber unkoordinierten Stäbe der amerikanischen Ämter für Entwicklungshilfe und über die Ablehnung der vom Botschafter-Nationalökonomen befürworteten Finanzhilfe an ein indisches Stahlwerk durch den Senat, nur weil dieses als staatliches und nicht als privates Unternehmen geplant war. Kein Zweifel auch, dass es dem kultivierten Galbraith gelungen ist, einen persönlichen Kontakt zu Nehru herzustellen und dessen aus der Dulles-Zeit stammendes Misstrauen gegenüber den USA zu entschärfen, aber auch er zeigte sich verärgert, als die Inder Mig-Jäger in Erwägung zogen, und versuchte mit allen Mitteln, sie davon abzubringen. (Warum eigentlich? Wäre es nicht wirkungsvoll gewesen, wenn russische Migs gegen chinesische Truppen zum Einsatz gekommen wären?) Vor allem aber das Grundproblem im indisch-amerikanischen Verhältnis, die amerikanische Militärhilfe an Pakistan, konnte auch er nicht lösen, bevor Chinas Angriff eine Neuorientierung der indischen Aussenpolitik erzwang.

Spürbar wird die Enttäuschung, dass Kennedys Aufruf zu «neuen Horizonten» wenig Taten folgten und die Routine-Administration dominierte. Nachdenklich stimmt auch der Tagebucheintrag nach einem Gespräch mit Bowles und Schlesinger: «Die Tatsache, dass die Militärs und die CIA weitgehend die Politik bestimmen, erfüllt alle mit grosser Sorge. Mich auch.» Und dies unter Kennedy! Aber hat der Brain Trust wirklich Alternativen formuliert? Selbst im Bereich der Entwicklungshilfe wirken Galbraiths Ausführungen recht blass: Förderung der Landwirtschaft, vermehrte Kaderausbildung, bessere Koordination. Wohl wurde ein flexibleres Verhalten gegenüber der Sowjetunion befürwortet, auch eine gewisse Verhandlungsbereitschaft, aber gerade das Tagebuch bestätigt, dass der Spielraum für einen Kurswechsel der amerikanischen Aussenpolitik recht eng war und höchstens einen anderen Führungsstil erlaubte. Dies zeigt sich sogar in der Vietnam-Frage: Galbraith warnte zwar davor, sich militärisch zu engagieren; die USA dürften nicht in die Stellung einer Kolonialmacht einrücken, und kriegsbedingte Massnahmen wie die Konzentration der Bevölkerung in neue Dörfer wirkten – selbst abgesehen von der menschlich-moralischen Problematik – «counterproductive»; die südvietnamesische Regierung habe die Bevölkerung nicht hinter sich; man solle die Verpflichtungen nicht ausweiten, sondern «messbar verringern». Wenn Galbraith aber gleichzeitig forderte, die Tür für eine politische Lösung offen zu halten im Sinne einer breiten nichtkommunistischen Regierung, so sollte die Zukunft die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit einer solchen Lösung erweisen – offenbar war und ist eine solche nicht möglich ohne Einbezug des Vietkong. Glaubte man aber dies verhindern zu müssen, so blieb kaum ein anderer Weg offen, als sich militärisch immer stärker zu engagieren. Noch eine hübsche Anekdote: Nehru erzählte, wie ihn Ho Tschi Minh anlässlich seines Besuches in Indien gefragt habe: «Wieviele Chinesen haben Sie in Indien?» Er, Nehru, habe geantwortet: «Oh, schätzungsweise etwa 50000.» Darauf Ho Tschi Minh: «Da können Sie aber von Glück reden!»

Vietnam im Brennpunkt

Die bereits beträchtliche Literatur zur amerikanischen Vietnampolitik erhält laufend Zuwachs. Meist handelt es sich um Stellungnahmen engagierter Gegner oder Befürworter des Regierungskurses; um so wertvoller ist die sorgfältige Untersuchung von *Carl-Christoph Schweitzer*, die dem Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative und der Haltung wichtiger «intermediärer Gruppen», insbesondere der Religionsgemeinschaften, der Wirtschaftsverbände und der American Legion nachgeht[4]. Er setzt ein mit den Angriffen nordvietnamesischer Patrouillenboote auf amerikanische Zerstörer im Golf von Tongking in den ersten Augusttagen 1964, die (wenn sie von der Administration nicht eigentlich provoziert worden sind, was noch offen stehe!) sogleich aufgebauscht und von Präsident Johnson zum Anlass genommen wurden, sich vom Kongress eine Blankovollmacht geben zu lassen zu «allen weiteren Schritten in jenem Teil der Welt» – nur die Vollmacht als solche, nicht aber die einzelnen Entscheidungen sollten vom Kongress aufgehoben werden können. Als raffinierter Politiker hat Johnson die Führer beider Parteien orientiert und dann auf ihre «Zustimmung» gepocht, obschon der militärische Vergeltungsschlag bereits beschlossene Sache war. Die Opposition im Kongress war noch schwach, selbst Fulbright und Church stellten sich hinter den Präsidenten, allerdings nicht ohne vor einem amerikanischen Landkrieg zu warnen (auch der CIA habe damals gewarnt). Im Februar 1965 setzten dann die Luftangriffe auf Nortvietnam ein, offiziell weil «Hanoi einen aggressiven Kurs befohlen habe», faktisch, weil die südvietnamesischen Truppen zurückwichen; im Juni erfolgte die weitere Eskalation mit dem Einsatz von Bodentruppen.

Die Kritik im Kongress – vor allem einige demokratische Senatoren – setzte nur langsam ein, obschon drei der angesehendsten und zur «realistischen Schule» gehörenden Experten und Kommentatoren, nämlich Walter Lippmann, Hans J. Morgenthau und George F. Kennan, von Anfang an opponierten und einen eigentlichen Rückzug Amerikas vom asiatischen Festland postulierten, und zwar nicht zuletzt mit dem Argument, dass die Ziel-Mittel-Relation Washingtons verfehlt sei: Entweder wolle man den angeblich von Peking gesteuerten Kommunismus in Asien eindämmen, was zu einem Totaleinsatz und zu einem eventuellen Krieg gegen China führen könne, oder aber man müsse «die Vorherrschaft Chinas auf dem asiatischen Festland» akzeptieren; der Vietnamkrieg wurde essentiell als Bürgerkrieg interpretiert, wobei die amerikanische Intervention «counterproductive» Wirkung zeitigen müsse. Präsident Johnson konnte jedoch mit seiner angeblichen Bereitschaft zu Verhandlungen «ohne Vorbedingungen» und seiner Ablehnung einer weitergehenden Eskalation einerseits und des amerikanischen Rückzuges andererseits mit zum Teil ambivalenten Statements einen Mittelkurs propagieren, der ihm im Kongress die Unterstützung aus republikanischem und demokratischem Lager verschaffte und ihm so eine «bipartisan policy» ermöglichte, aber gleichzeitig einen wachsenden «credibility gap» heraufbeschwor, der sich schliesslich in eine schwere innere Vertrauenskrise ausweitete. Schweitzer verfolgt detailliert die Diskussion um die Frage eines Bombardierungsstopps und die Kontroverse um eine mögliche Beendigung des Krieges, wobei sich bald als das eigentliche Problem die Teilnahme der FLN an den Verhandlungen und die Möglichkeit einer Koalitionsregierung unter Einschluss des Vietkong herauskristallisierte. Es ergab sich dabei ein «cancelling-out-effect», das heisst die Oppositionsgruppen von «rechts», die wie die American Legion eine Ausdehnung der Bombardierungen forderten, und die Opposition von «links», vorwiegend aus Universitätskreisen, hielten sich die Waage. Mit dem Ergebnis, dass mitten im Krieg (der allerdings nie als Krieg deklariert worden ist!) eine ungemein heftige öffentliche Diskussion möglich war, in der auch die Opposition – nicht zuletzt in den Kongressausschüssen mit ihren Hearings –

volle Bewegungsfreiheit genoss, anderseits aber der Kongress seinen Anspruch auf Mitsprache im Entscheidungsprozess nicht durchsetzen konnte. Nicht unwichtig war dabei, dass die Republikaner den Vietnamkurs von Johnson und Rusk unterstützten, während es den Demokraten schwer fallen musste, «ihrem» Präsidenten die Gefolgschaft aufzusagen, etwa in der Frage der Budgetbewilligung.

Während Schweitzer Johnsons Eskalationspolitik in Vietnam nachging, hat *Townsend Hoopes* den langwierigen Prozess geschildert, in dem Johnson veranlasst wurde, auf eine De-eskalation einzuschwenken[5]. Mit grosser Spannung liest man «*The Limits of Intervention*». Das Interesse ist um so grösser, als der Verfasser nicht als Aussenstehender oder als ideologisch voreingenommener Gegner, sondern als Unterstaatssekretär der Luftwaffe das Ringen zwischen Tauben und Falken aus nächster Nähe verfolgt hat. Hoopes zeigt, wie innerhalb der Administration eine nüchterne Einschätzung der Facts einen immer grösser werdenden Kreis zur Überzeugung kommen liess, dass der Interventionskurs in einen Engpass geführt hatte, auf falschen Voraussetzungen basierte und daher aufgegeben werden müsse. Er wirft Aussenminister Rusk und Rostow, dem Berater Johnsons, vor, von der fragwürdigen Analogie China-Nazi-Deutschland ausgegangen zu sein und so nur die Alternative zwischen Appeasement und Widerstand um jeden Preis und überall anerkannt zu haben. Ebenso fragwürdig sei die These gewesen, dass hinter Nordvietnam als treibende Kraft China gestanden habe und die chinesische Theorie von der Überlegenheit revolutionär-nationaler Befreiungskämpfe widerlegt werden müsse; die Militärs hätten einen harten Kurs befürwortet, obschon die seit Kennedy hoch im Kurs stehende kontrarevolutionäre Guerilla-Kriegführung paradoxerweise in Vietnam gar nicht zur Anwendung gelangt sei, denn mit Westmorelands «search and destroy»-Methode und den grossangelegten Bevölkerungsumsiedlungen habe man sich die ländliche Bevölkerung, auf die es schliesslich ankam, entfremdet, ja führerlos dem Vietkong überlassen. Bereits 1967 sei McNamara unsicher geworden und habe Rücktrittsabsichten gehegt, als er sich im engeren Kreis Johnsons, Rusks, Rostows und der Militärs, die eventuell sogar zu einer Invasion Nordvietnams bereit gewesen wären, isoliert sah. Dabei war klar erwiesen, dass die Bombardierung des Nordens die Infiltration nicht reduzierte, sondern nur eine wachsende russisch-chinesische Hilfe provoziert hatte. Rostow habe sich von einer Analogie zum Zweiten Weltkrieg leiten lassen und übersehen, dass nur unbedeutende industrielle Zentren bombardiert werden konnten und die Aufklärung deutlich ergab, dass die zerstörten Brücken usw. in sehr kurzer Zeit wieder repariert wurden. Als die Militärs den Hafen Haiphong bombardieren wollten trotz der Gefahr, russische Schiffe zu treffen, habe selbst der Nachweis, dass in Haiphong kein Kriegsmaterial gelöscht wurde, nichts gefruchtet: Die Militärs blieben stur bei ihrer These, Nordvietnam «könne an den Verhandlungstisch bombardiert werden». Die Öffentlichkeit sei getäuscht worden durch Siegversprechen und fragwürdige quantitative Angaben («infiltration rates», «weapons-loss ratios», «ennemy body counts» u. a.). Rostow habe mit Vorliebe mit «erbeuteten Dokumenten» argumentiert, wobei Hoopes allerdings offen lässt, ob bewusste Täuschungsmanipulationen vorlagen.

Erst die Tet-Offensive des Vietkong löste den grossen Schock aus, obschon man sich in Washington beeilte, von einer «Verzweiflungstat» des Gegners und einem «an sich Sieg» der Amerikaner zu sprechen. Faktisch sei die Einsicht gewachsen, dass man einen Grossteil der Landbevölkerung verloren hatte und der Krieg militärisch nicht zu gewinnen sei. Ein Telegramm des Vorsitzenden der Joint Chiefs of Staff, Wheeler, vom 26. Februar 1968 aus Saigon, in dem 200000 Mann zusätzliche amerikanische Truppen als unbedingt notwendig erachtet wurden, habe die Phase des «reappraisal» eröffnet und bisherige Befürworter des harten Kurses

unsicher werden lassen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil die neue Eskalationsstufe weitere 10 Milliarden Dollar im Jahr gekostet hätte. Zusätzliche Faktoren hätten in den folgenden Wochen ernüchternd gewirkt: die Ersetzung Mc Namaras durch Clifford, einen Freund Johnsons, der sich zunächst zurückhielt, aber schrittweise ebenfalls auf die De-eskalation einschwenkte; die Feststellung, dass weder die europäischen Alliierten noch die südostasiatischen Verbündeten zu erhöhten Kriegsanstrengungen bereit waren; die geteilten Meinungen innerhalb eines Expertenstabes im Januar 1968 und eine dringende Aufforderung des amerikanischen UN-Repräsentanten Goldberg, die Bombardierung Nordvietnams vollständig einzustellen.

Hoopes druckt sein Memorandum an Clifford vom 14. März ab, das schonungslos mit der bisherigen Vietnampolitik ins Gericht geht: für einen militärischen Sieg, auf den trotz aller anderslautenden Erklärungen Westmorelands Strategie noch immer abziele, fehlten die Voraussetzungen und von einer Pazifikation könne nicht die Rede sein, denn «we are progressively tearing the country apart in order to win the hearts and minds of its people»; der Gegner sei stärker denn je und eine weitere Eskalation werde – selbst abgesehen von den Kosten – die Einheit der amerikanischen Nation in Frage stellen; auf eine intensivierte Bombardierung müssten die Russen und Chinesen reagieren. Folglich bleibe kein anderer Ausweg als ein Bombardierungshalt, um Verhandlungen einleiten zu können. Johnson, willens «nicht der erste amerikanische Präsident zu sein, der einen Krieg verliert», dachte ohnehin vorwiegend in innenpolitischen Kategorien und zeigte sich stark beeindruckt von den Primärwahlen in New Hampshire, wo er nur 49,4% der Stimmen gegenüber 42,2% für Eugene McCarthy gewann und somit zur Kenntnis nehmen musste, dass seinem harten Kurs der Boden entzogen wurde. Schliesslich bat er den von ihm hoch geachteten Dean Acheson um eine Stellungnahme und erhielt die nicht gerade schmeichelhafte Antwort: «With all due respect, Mr. President, the Joint Chief of Staff don't know what they are talking about.» Nach kurzer, aber intensiver Bestandesaufnahme kam der ehemalige Aussenminister zum Schluss, dass die bisherige Politik auf Illusionen basiert und das Land den Krieg satt habe. Und nicht nur Acheson, sondern auch Nitze, McBundy, Dillon und Clifford wandten sich nun gegen Johnson und seinen immer enger werdenden Beraterstab. Erst da hat sich der Präsident – und zwar recht brüsk – zum Kurswechsel entschlossen und sowohl den Bombardierungsstopp und Verhandlungen als auch den Verzicht auf die Präsidentschaftskandidatur bekannt gegeben.

Der Bericht Hoopes' gibt so eine ungemein aufschlussreiche Inside story und legt die schweren Meinungsverschiedenheiten innerhalb der amerikanischen Führungsspitze bloss. Es ist jedoch zu beachten, dass das Pentagon keineswegs geschlossen auftrat, und wenn die Stabchefs den ihnen in einem Krieg an sich zukommenden Einfluss gewannen, so standen sich doch nicht Politik und Kriegführung, beziehungsweise Aussen- und Kriegsministerium gegenüber und auch nicht State Department und persönlicher Stab wie in der Ära Kennedys; anderseits wird die nicht gerade erfreuliche Feststellung zu machen sein, dass trotz den in Amerika so beliebten Task Forces, Komitees und anderen Sondergremien, zu denen auch Aussenstehende beigezogen werden, die Experten wie die weltbekannten Asienkenner Kahin, Fairbanks und Reischauer (der zeitweilig auch Botschafter in Japan gewesen war) solange wenig auszurichten vermochten, als der engste Kreis um den Präsidenten einigermassen geschlossen auf seiner Position beharrte.

Neo-Marxistische Entlarvungsbemühungen

Im deutschsprachigen Bereich hat sich bis anhin die politische Wissenschaft und die zeitgeschichtliche Forschung nur selten mit der amerikanischen Aussenpolitik befasst.

Detailstudien liegen kaum vor, Carl-Christoph Schweitzer ist eine löbliche Ausnahme. Nun hat *Ekkehart Krippendorff*, ein jüngerer, aber bereits über den engeren Fachbereich hinaus bekannter neo-marxistischer Politologe aus der Bundesrepublik, zu einer breitangelegten Untersuchung «der amerikanischen Strategie» angesetzt, als Versuch, das komplexe Gefüge exekutiver und legislativer Instanzen und die Aktivität der zahlreichen am Entscheidungsprozess beteiligten Ministerien und Ämter als «Teile eines eigengesetzlichen Rationalitäten folgenden Ganzen zu begreifen» im Sinne eines Instrumentes, um die spezifischen Interessen des kapitalistischen Systems Amerikas im Verhältnis zu anderen Staaten zu vertreten und durchzusetzen[6]. Den Ansatz für sein historisches Verständnis, das gleichzeitig den Kern der amerikanischen Aussenpolitik erschliessen soll, liefert ihm – die Thesen der sogenannten Williams-Schule übernehmend – der Begriff der «Open Door», das heisst die Forderung nach freiem Zugang zu fremden Märkten. Indem der aus der Chinapolitik vor 1914 stammende Begriff zunächst auf Lateinamerika und dann auf alle Weltteile übertragen wurde, konnte und kann die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten interpretiert werden als das Bestreben, möglichst global die für das Fortbestehen des amerikanischen Kapitalismus notwendigen Rohstoffquellen und Absatzmärkte sicherzustellen, verbunden mit dem expliziten oder impliziten Anspruch auf gesellschaftspolitische Einwirkung, die – selbstverständlich – ausschliesslich das Ziel verfolgt, den Einfluss des amerikanischen Kapitals in den betreffenden Ländern zu untermauern und zu stabilisieren. Die seit Jahren propagierte These, dass alle Länder und Völker von einem weltwirtschaftlichen Austausch mit den USA profitieren werden und die amerikanische gesellschaftlich-staatliche Ordnung liberal-kapitalistischer Prägung Vorbildcharakter trage, wird dabei als Ideologie des spezifischen amerikanischen Imperialismus «entlarvt». Krippendorff bagatellisiert den traditionellen Gegensatz zwischen Isolationisten und Interventionisten zu einer bloss taktischen Frage nach dem jeweils geeignetsten Mittel, die als «national interest» erklärte globale Durchsetzung der «Open Door» zu erzwingen. Der Kalte Krieg erscheint in dieser «revisionistischen» Sicht als eine Folge des amerikanischen Versuches, nach 1945 im Grenz- und Sicherheitsbereich der Sowjetunion, gestützt auf die militärische Stärke und mit der Atombombe als Druckmittel, die eigenen Zielvorstellungen durchzusetzen, mit der Hoffnung sogar, die sowjetische Gesellschaft «aufzubrechen». Stalin habe vorwiegend defensiv reagiert (die russische Aussenpolitik war angeblich seit den dreissiger Jahren «statisch-etatistisch»), und durchaus folgerichtig ist denn auch von einer nur «scheinbaren Gefährdung» Griechenlands, der Türkei, Persiens und Südkoreas die Rede.

Der Begriff der Open Door ist in der Tat sehr ernst zu nehmen und hilft in hervorragender Weise, das aussenpolitische Verhalten der Vereinigten Staaten im 19. und 20. Jahrhundert zu verstehen; er wird aber bei Williams und bei seinen deutschen Apologeten überspannt und «entlarvt» seinerseits deren ideologische Voreingenommenheit, wenn es etwa heisst, dass 1945 die grosse Auseinandersetzung um Polen entbrannte, weil sich das amerikanische Kapital Zugang zum polnisch-osteuropäischen Markt verschaffen wollte – als ob dieser von irgendwelcher Bedeutung gewesen wäre und die Konfrontation mit der Sowjetunion gelohnt hätte. Kein Wort denn auch über Roosevelts Verhältnis zu Hitler-Deutschland und kein Wort über die Kubakrise 1962. Überzeugender, wenn auch konventioneller und offenbar für einen Neo-Marxisten bereits nicht mehr tragbar, wäre die These gewesen, dass sich 1945 zwei Weltmächte mit divergierenden Wirtschafts- und Sozialsystemen gegenüberstanden, die beide mit missionarischer Gläubigkeit ihr eigenes System global durchzusetzen versuchten, wobei sich Fragen des Machtgleichgewichtes und der strategischen Sicherheit mit wirtschaftlichen Interessen verbanden und zudem

im engeren Sicherheitsbereich direkt kontrollierte Zonen (Osteuropa und karibischer Raum) ergaben, in denen der Gegenmacht mit allen Mitteln, auch mit militärischer Intervention, der Zugang verwehrt würde.

In den beiden Hauptteilen analysiert Krippendorff den Entscheidungsprozess und das Instrumentarium der amerikanischen Aussenpolitik. Er basiert vorwiegend auf den Senat-Hearings und der «New York Times», verwertet aber auch die kaum mehr übersehbare politologische Sekundärliteratur. Diese Kapitel sind höchst lesenswert. Nicht nur das State Department, sondern mehrere Dutzend Ministerien, Ämter und Büros beschäftigen sich mit aussenpolitischen Fragen (selbst das Landwirtschaftsministerium, das die weltweite Verteilung der agrarischen Überschüsse weitgehend in eigener Regie betreibt!). Sogar funktionell bestehen Parallelapparate: So hat untern anderen das Pentagon ein Amt für politische Fragen zu einem «kleinen State Department» ausgebaut. Auslandinformationen werden von verschiedenen Stellen (Aussenministerium, Kriegsministerium, CIA) gesammelt und analysiert, Ad-hoc-Komitees ergänzen und konkurrenzieren institutionalisierte Planungsgremien. Der National Security Council hat seine Koordinierungsaufgabe nur teilweise erfüllt, und kein Geringerer als Hans J. Morgenthau hat vom «institutionalisierten Chaos» gesprochen. Oftmals werden klar formulierte Alternativen gar nicht entwickelt, oder es liegt beim Präsidenten, zwischen divergierenden Situationsanalysen und Handlungsanträgen zu entscheiden, was seinerseits den Präsidenten zwang, einen persönlichen Beraterstab zu bilden; kein Zufall, dass der «Berater in Sicherheitsfragen», der einen Sitz im National Security Council hat und koordinieren soll, zur eigentlichen Schlüsselfigur, unter weitgehenden Verdrängung des an sich zustehenden Aussenministers, geworden ist. Aber nicht nur in Washington, sondern auch im Ausland stehen die Vertreter der verschiedenen Ministerien und Ämter oft unkoordiniert und rivalisierend gegenüber: so etwa das Team der Militärberater dem Botschafter; der CIA beschränkt sich längst nicht mehr auf Informationsgewinnung, sondern betreibt seine eigenen kleinen oder grossen Aktionen (auch Galbraith klagt in seinem Tagebuch darüber) und hatte – wie sich erwiesen hat – bei zahlreichen Staatsstreichen und amerikanischen Interventionen seine Hand im Spiele.

Krippendorff nimmt, wie zu erwarten war, den von Eisenhower geprägten Begriff des «militärisch-industriellen Komplexes» auf und kann den Militärexperten der «New York Times» zitieren, der eindrücklich vom wachsenden Einfluss des Militärs auf die Formulierung der amerikanischen Aussenpolitik und die öffentliche Meinung gewarnt hat, um seine These von der zunehmenden Militarisierung der USA zu untermauern. Da das Pentagon jährlich die enorme Summe von gegen 50 Milliarden Dollar an Rüstungs- und Forschungsaufträgen vergibt, hat sich in der Tat eine bedenkliche Interessenverfilzung von Militär und Rüstungsindustrie (vor allem mit den Mammutkonzernen) ergeben. Es kommt hinzu, dass mehrere Einzelstaaten und Städte von Rüstungsaufträgen so abhängig geworden sind, dass deren Senatoren und Repräsentanten zu spezifischen Interessenvertretern geworden sind, wie andererseits der Präsident mit der Zusage oder mit der Drohung auf Verweigerung von Rüstungsaufträgen oppositionelle Kongressabgeordnete unter Druck setzen kann und unter Druck gesetzt hat. Es kommt hinzu, dass etwa die Joint Chiefs of Staff nicht dem National Security Council unterstehen und direkten Zugang zum Präsidenten haben. Krippendorff weist weiter darauf hin, dass die Militärhilfe, aber auch die Ausbildung ausländischer Offiziere in Antiguerillakriegführung, zu Instrumenten geworden seien, um in den Entwicklungsländern den sozialen Status quo aufrechtzuerhalten und militärische Staatsstreichs zu provozieren. Eingehend werden die Entwicklungshilfe und die amerikanischen Auslandsinvestitionen behandelt, mit denen laut Krippendorf Washington bzw. das amerikanische Kapi-

tal versucht, die eigenen Gesellschaftsvorstellungen durchzusetzen und die betreffenden Länder in politischer Abhängigkeit zu halten. Reichen friedliche Mittel nicht aus, so werde Gewalt angewendet, sei dies in Guatemala, der Dominikanischen Republik oder Kuba, sei dies in Vietnam.

Die marxistische Interpretation mündet konsequent in eine Faschismusthese ein: So, wie die amerikanische Aussenpolitik imperialistischen Charakter habe und im Interesse der eigenen Systemerhaltung der sozial-revolutionären Emanzipationsbewegung in vielen Teilen der Welt notwendigerweise zunehmend mit Gewalt entgegentreten müsse, so hätten die inneren Widersprüche der eigenen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die etwa das Negerproblem oder die Agitation radikaler Studentengruppen nicht mehr mit den bisherigen Mitteln zu «neutralisieren» vermöge, «eine neue Version faschistischer Disziplinierung» eingeleitet; Gewalt müsse, und zwar in wachsendem Masse, angewendet werden, «um die eigene gesellschaftliche Revolutionierung zu verhindern». Ein eigentlicher Kurswechsel in der Innen- und Aussenpolitik sei nicht zu erwarten und auch nicht möglich – Kennedy sei bezeichnenderweise nicht über rhetorische Erklärungen hinausgelangt –, weil er das System als solches in Frage stellen würde.

Krippendorff lässt sich auf keine Prognose ein und unterschätzt auch keineswegs die Stabilitätsfaktoren im Innern und die militärische Stärke gegen aussen, doch mündet seine Interpretation konsequent in die These und gleichzeitig in die Hoffnung aus, dass die revolutionären Kräfte inner- und ausserhalb der Vereinigten Staaten wachsen werden, da nur sie Aussicht eröffnen, dass zu gegebener Zeit das imperialistische Herrschaftssystem des amerikanischen Kapitalismus zusammenbrechen und den Weg zu einer planwirtschaftlich-sozialistischen – und angeblich nicht-imperialistisch-friedlichen – Weltordnung frei geben werden.

Es wäre billig und auch unklug, diese eindringliche und trotz des bekannten Jargons gut lesbare Untersuchung mit ihren herausfordernden Interpretationen nicht zur Kenntnis zu nehmen, nur weil sie von einem Marxisten stammt. Sie zeigt nicht nur das Amerikabild der radikalen Linken in der Bundesrepublik, sondern erhellt auch Schwächen und Gefahren des amerikanischen Entscheidungsprozesses und der amerikanischen Gesellschaft im weiteren Sinne, die unser traditioneller Approach und unsere Neigung, amerikanische Verhältnisse zu idealisieren, nicht ins Blickfeld rückten. Schliesslich ist gerade in Amerika die Selbstkritik heute sehr stark und weit verbreitet, argumentiert allerdings – von wenigen Ausnahmen abgesehen – innerhalb des «Systems», das heisst sie bekennt sich zu einer pluralistischen demokratischer Gesellschaft auf privatwirtschaftlicher Basis und fragt nach Schwächen, Fehlleistungen und Krisenerscheinungen. Es wird dabei in der Tat auch darum gehen, den Einfluss des mächtigen militärisch-industriellen Komplexes unter Kontrolle zu bringen, so wie es bei einer Neubesinnung auf die Grundlagen der amerikanischen Aussenpolitik und eine eventuelle Neuorientierung nicht zuletzt darum geht, das künftige Verhalten gegenüber den sozial-revolutionären Bewegungen in den Entwicklungsländern zu klären, weniger weil die amerikanische Wirtschaft auf deren Rohstoffe und Märkte angewiesen ist – wie Krippendorff annimmt –, sondern weil sie die prekäre «balance of power» der Supermächte gefährden und – mindestens in Lateinamerika – die nationale Sicherheit der USA unmittelbar tangieren. Haben die Autoren, die eine Neuformulierung des «national interest» nach dem Debakel von Vietnam fordern, auf diese wohl entscheidende Frage bereits eine klärende Antwort zu geben vermocht?

Von *Gabriel Kolko*, einem jungen Historiker der «New Left» wird man sie nicht erhalten[7]. In seinem temperamentvoll geschriebenen Band «*The Roots of American Foreign Policy – An Analysis of Power and Purpose*» will er zwar zum Kern der amerikanischen Aussenpolitik vorstossen und gleichzeitig ein für allemal

festhalten, in welchem Interesse diese Politik erfolgt, doch was er bietet und behauptet, ist nicht mehr als ein radikale und auch simplifizierende Version der Williams-Interpretation. Politik in Amerika ist nicht viel mehr als ein Instrument der Business-Leader und der Corporations zur Artikulierung und Durchsetzung ihrer spezifisch kapitalistischen Interessen; sie gibt sich liberal und beruft sich auf einen nationalen Konsensus, indem sie eine pluralistische Auseinandersetzung zulässt und manipuliert, aber sogleich repressiv reagiert, wenn das System als solches und die Macht der stabilen Führungsschicht in Frage gestellt wird. Der ständige und zunehmende Wechsel innerhalb dieser «Power Elite» (Mills) von den Corporations und führenden Anwaltsbüros zu den Spitzenpositionen der Regierung und Bürokratie, aber auch zwischen den Rüstungsfirmen und der Generalität ist für ihn, wie für Kippendorff, ein eindrücklicher und hinlänglicher Beweis.

Kolko lehnt jedoch das Schlagwort vom «militärisch-industriellen Komplex» und auch die These vom wachsenden Einfluss des Militärs im amerikanischen Entscheidungsprozess ab. Deren Macht sei eher schwächer geworden, sei das infolge der Rivalität zwischen den Waffengattungen, sei das durch die zahlreichen Reformen in der Spitzengliederung und die Stärkung des zivilen Elementes im Pentagon: Die Militärs seien Ausführungsorgane des kapitalistischen Systems, das – wie umfangreiches Zahlenmaterial und viele Zitate erweisen sollen – in steigendem Masse abhängig ist von den Rohstoffen der Entwicklungsländer und diese letzteren durch Zollpolitik, Druck, «Entwicklungshilfe» und Auslandsinvestitionen in Abhängigkeit behält und deren Weg zu eigenständiger Entwicklung verbaut. Vietnam ist nicht Folge einer Fehleinschätzung oder gar ein Betriebsunfall, sondern liege im amerikanischen System begründet, das um seiner Erhaltung willen zu einem globalen Interventionismus gezwungen worden ist. Einen Konflikt der Grossmächte gibt es für Kolko offenbar gar nicht!

Realistische Klarsicht: Hans J. Morgenthau

Man wird ausgehen müssen von *Hans J. Morgenthau*, dem bereits klassischen Vertreter der «realistischen» Schule in der amerikanischen Aussenpolitik, der 1968 im Auftrag des Council on Foreign Relations wegweisende Überlegungen angestellt hat[8]. Leider ist es nicht möglich, die Dichte dieser Essays und die illusionslose Penetranz der Analyse auch nur annähernd wiederzugeben; die Lektüre bietet einen geistigen Genuss besonderer Art! Morgenthau geht aus von einem angeblich amerikanischen Unvermögen «to distinguish between what is desirable and what is possible, and to distinguish between what is desirable and what is essential». Sowohl der Isolationismus als auch der globale Interventionismus, den er heute am Werke sieht, lägen in der Abneigung begründet, konkrete und vitale Interessen der Nation zu formulieren und den eigenen Möglichkeiten entsprechend die notwendigen Kompromisse einzugehen. Amerika verhalte sich zudem so, als ob die Voraussetzungen der Erfolge in den Jahren 1946–1950 noch gegeben seien, als es darum ging, in Europa die frühere Rolle Englands zu übernehmen und eine Hegemonialstellung Russlands durch Re-Etablierung einer «balance of power» zu verhindern; damals habe man ausgehen können von einer geschlossenen kommunistischen Front. Seither sei jedoch die globale Interventionsbereitschaft «to stop Communism» fragwürdig geworden, weil die kommunistische Welt keine Einheit mehr darstelle und die Vereinigten Staaten ihr «overengagement» auf ein erträgliches Mass reduzieren müssten.

Der «Realist» Morgenthau hat von Anfang an die Vietnampolitik bekämpft, weil er Vietnam als «non-essential» für die amerikanische Sicherheit einschätzte. Mit der Intervention habe man die traditionell antichinesischen Vietnamesen an die Seite Chinas gedrängt und sich erst noch weltweit isoliert. Die USA müssten sich auf die polyzentrische Welt einstellen und die engen Grenzen akzeptieren, die der Beein-

flussung der Politik anderer Länder, vor allem in der Dritten Welt, heute gezogen seien. Der undifferenzierte und ideologische Antikommunismus ziele auf eine globale Stabilisation, erweise sich aber als eine «ideology of the status quo» und verkenne, dass in der Tat in vielen Ländern objektiv eine revolutionäre Situation gegeben sei: Es gehe nicht darum «how to preserve stability in the face of revolution, but how to create stability out of revolution». Das Beharren auf dem Vietnamkurs verweise auf «something essentially wrong in [Amerikas] intellectual, moral and political constitution», wobei Morgenthau kritisch auf die Tendenz hinweist, aussenpolitische Probleme mit quantitativen Methoden angehen zu wollen und so der eigentlichen Analyse auszuweichen, auf falsche Analogieschlüsse, auf eine Diskrepanz zwischen privater und öffentlicher Stellungnahme, selbst bei führenden Persönlichkeiten der Administration, aber auch auf das Verdrängen echter pluralistischer Auseinandersetzung um mögliche Alternativen.

In Europa müsse de Gaulles Widerstand gegen die amerikanische Dominanz und die Aktivierung nationaler Ansprüche als Symptom der gegenüber 1946 grundlegend gewandelten Situation ebenso ernst genommen werden wie die Krise im Ostblock; der europäische Zusammenschluss sei zu unterstützen, doch unter sorgfältiger Vermeidung jeglichen Dominierungsversuches. In Asien postuliert Morgenthau eine Rückkehr zur Politik Achesons vor dem Koreakrieg: Verzicht auf den misslungenen Versuch, Rotchina zu isolieren, Verzicht auch auf ein «containment» Chinas auf dem Festland, das über kurz oder lang zu einem Krieg gegen China führen müsse. Deutlich ist also die Forderung nach einem teilweisen Disengagement in Asien und einer Beschränkung auf einen von der Marine gedeckten Perimeter, wie er seither von der Nixon-Administration proklamiert worden ist. Man hätte sich jedoch von Morgenthau ein klares Statement gewünscht, wo er die konkreten amerikanischen Sicherheitsinteressen sieht, die es unter Umständen auch militärisch zu verteidigen gilt. Schwach erscheint die Bagatellisierung der Domino-Theorie mit der Behauptung, deren Anhänger hätten für den Fall, dass Südvietnam falle, einen weltweiten Sieg des Kommunismus prognostiziert; faktisch sprach man doch meistens «nur» von den eventuell verhängnisvollen Folgen für Südostasien, also für den Raum von Vietnam bis Burma. Offenbar ist Morgenthau der Meinung, dass die revolutionäre Bewegung zu akzeptieren sei, weil ein südostasiatischer Kommunismus keine automatische Stärkung Russlands oder Chinas bedeute und amerikanische Interventionen ausserhalb der tragbaren Möglichkeiten lägen. Und in Lateinamerika? Recht vage bleibt die Forderung, reformerisch-revolutionäre Regimes zu unterstützen, selbst auf die Gefahr hin, dass im einen oder anderen Land die Kommunisten an die Macht gelangen könnten – das amerikanische Vorgehen in Kuba wird jedoch gerechtfertigt. Dennoch: die brillante Schrift Morgenthaus darf als Markstein gelten im langwierigen Prozess «to bring power and commitment again into harmony» und den Versuch, sich neu auf den «national purpose» zu besinnen und die «Great Society» zunächst im eigenen Lande ein Stück näher zu bringen.

Wenig Aufschluss über entscheidende Fragen

Enttäuscht legt man den schmalen Band *Charles E. Bohlens* (Botschafter in Moskau 1953–1957 und Paris 1962–1968), eines markanten Repräsentanten der «Liberals» innerhalb der amerikanischen Führungselite, aus der Hand[9]. Er enthält Vorträge aus dem Jahre 1969, die den Wandel vom Isolationismus der Zwischenkriegszeit zum heutigen weltpolitischen Engagement skizzieren, gekonnt formuliert, nicht ohne die Absicht, Washington – etwa in der Frage Jalta – gegen Kritiker von «rechts» in Schutz zu nehmen. Man ärgert sich aber über viele billige und zum Teil erst noch schiefe Formulierungen, wie etwa die Be-

hauptung, das nationale Interesse der USA sei – natürlich im Unterschied zu anderen Ländern – nie ein materielles gewesen und fern jedwelcher imperialistischer Ambitionen; Amerika sei stets nur einer aggressiven Haltung anderer entgegengetreten, vor allem von seiten der Sowjetunion, die auch im Vietnamkrieg den eigentlichen Gegner bilde. Schön und gut, die Frage wäre aber die, welche Implikationen die Politik des «containment» und des «make the world safe for the Great Society» (Morgenthau) ergaben. Kein Wort über die Monroedoktrin und den in ihr enthaltenen Hegemonialanspruch in Mittelamerika, kein Wort über alte und neue amerikanische Interventionen zur Wahrung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen, wenig auch über Vietnam. Von einem Manne vom Range und der Erfahrung eines Bohlen hätte man mehr erwartet.

Klare Antworten auf sehr entscheidende Fragen enthält auch der Essay-Band *Henry A. Kissingers* nicht[10]. Der Nachfolger McBundys und Rostows als «Berater für Fragen der nationalen Sicherheit» und, wie verlautet, der «eigentliche Aussenminister Präsident Nixons» erweist einmal mehr sein subtiles Verständnis für Fragen der Macht und auch seine besondere Fähigkeit, an sich komplexe Dinge einfach und doch nicht über Gebühr vereinfacht zu formulieren. Brillant etwa der Abschnitt über «innere Struktur und Aussenpolitik», der die divergierenden Einstellungen zur Aussenpolitik in den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und den Entwicklungsländern aus den gesellschaftlich-ideologischen Voraussetzungen abzuleiten versucht. So zeigt Kissinger etwa, wie die Bürokratisierung einer reifen und differenzierten Industriegesellschaft Entscheidungen erschwert, weil sie auf die Ansammlung von Informationen auszuweichen neigt und damit Gefahr läuft, dass schliesslich Ad-hoc-Entscheide fallen. Wohl wird Planung gross geschrieben, aber was «als Planung ausgegeben wird, ist häufig die Projektion des bereits Vertrauten auf die Zukunft»; die Planungsstäbe würden zudem von den Entscheidungsträgern nicht ernst genommen, und was theoretisch gewonnen werde, übersteige oft die Aufnahmefähigkeit der Politiker.

Kissinger bestätigt, dass die Vielfalt der Ämter und der an den Präsidenten herangetragenen Meinungen und Vorschläge diesen geradezu zwinge, sich durch Sonderbotschafter und persönliche Berater «direkte» Entscheidungshilfen zu verschaffen. Die traditionell pragmatische Haltung der Amerikaner, die Übertragung des innenpolitisch bis anhin erfolgreichen Entscheidungsmusters, das auf einer Konsensusfindung zwischen divergierenden Sonderinteressen beruht, auf die Aussenpolitik, aber auch die wichtige Rolle der aus der Anwaltspraxis stammenden Beamten hätten eine Vorliebe für «vermittelnde Prozedure», juristische Lösungen und ein Misstrauen gegenüber langfristigen Konzeptionen verstärkt. Leider äussert sich Kissinger nicht über die Rolle der Militärs im amerikanischen Entscheidungsprozess; insofern bleiben seine Ausführungen doch recht allgemein.

Ähnliches gilt auch für den Essay «Hauptprobleme der amerikanischen Aussenpolitik», der im In- und Ausland starke Beachtung gefunden hat, als Kissinger die Stelle als Berater des Präsidenten antrat, und als eine Art programmatische Äusserung der Regierung Nixon erschien. Auch er geht von der These aus, dass die Nachkriegsphase des bipolaren Systems der Supermächte zu Ende gehe, ohne dass jedoch die Multipolarität eine neue Stabilität erzeuge. Da sich die nuklearen Kapazitäten nicht mehr oder nur gerade als Abschreckung in konkrete Politik umsetzen liessen, sei den Mittel- und Kleinstaaten neuer Handlungsspielraum gegeben. Die Multipolarität «verhindert, dass ein amerikanisches Schema oktroyiert werden kann», und es gelte «die schöpferischen Kräfte einer pluralistischen Welt zu beschwören, um eine Ordnung auf politischer Multipolarität zu gründen, selbst wenn die beiden Supermächte weiterhin über eine überragende militärische Stärke verfügen». Mit Formulierungen, die Morgenthau entlehnt sein könnten, verlangt

auch Kissinger, das «nationale Interesse und die nationalen Zielsetzungen neu zu bestimmen», vor allem aber einen Verzicht auf den bisherigen «undifferenzierten Globalismus». Noch immer sei die Tradition lebendig, die eigene Politik als «desinteressiert» auszugeben und etwa «jeder Aggression» entgegentreten zu wollen, anstatt sich zu einem Ordnungsprinzip wie der «balance of power» zu bekennen.

Die Aufforderung, sich auf die geschmälerten Beeinflussungsmöglichkeiten einzustellen, wird am Beispiel der NATO und der Europapolitik konkretisiert: Die Europäer hätten sich der amerikanischen Führung entzogen und sähen sich nicht mehr in der gleichen Weise bedroht wie in den fünfziger Jahren; das schwierige Problem der Konsultation sei nicht gelöst worden, vertragliche Abmachungen und militärische Absprachen seien von geringem Wert, wenn die Partner in der Beurteilung der Gesamtlage nicht übereinstimmten. Es gebe keinen anderen Weg, als die Europäer sich selbst zu überlassen und ein geeintes Europa zu befürworten. Wenn es jedoch heisst, die Europäer müssten die Initiative zur Erhöhung ihrer Truppenstärken selbst ergreifen, so verschleiert Kissinger gerade das entscheidende Dilemma: Was soll und wird Washington tun, wenn die Europäer ihre Truppenstärken *nicht* erhöhen, eigenständig vorgehen und doch direkt oder indirekt auf den nuklearen Schutz der USA bauen? Die alte Formel des «burden sharing», das einen teilweisen Abzug amerikanischer Truppen aus Europa erlauben würde, gibt hier keine Antwort. Der Satz, «die Hauptinitiative für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen West- und Osteuropa sollte von Europa selbst ausgehen, während sich die Vereinigten Staaten abwartend verhalten», rechtfertigt zwar die Brandtsche Ostpolitik, sagt aber doch nicht allzuviel aus.

Auch im Hinblick auf die neue Asienpolitik geben Kissingers Ausführungen nicht mehr als einige Hinweise: Vertragssysteme wie die SEATO und CENTO seien «zum Sterben verurteilt», da die gemeinsamen Zielsetzungen gefehlt hätten. Auch hier gelte es, den amerikanischen Führungsanspruch zu mässigen und zu «einer Struktur beizutragen, die die Initiative anderer fördert». Diese Formulierung besagt jedoch wenig über ein mögliches amerikanisches Verhalten für den sehr wahrscheinlichen Fall, dass diese «anderen» – vielleicht mit Ausnahme Japans und Indiens – entweder nicht willens oder nicht fähig sind, die gewünschte Initiative zu entfalten. Kissinger betont, dass der Vietnamkrieg – er möge so oder so ausgehen – die amerikanische Bereitschaft, andernorts wiederum zu intervenieren, reduziert hat. Was wird jedoch geschehen, wenn zum Beispiel auf den Philippinen eine sozialrevolutionäre Bewegung um sich greift? Und in Lateinamerika? Darüber findet sich bei Kissinger kein Wort. Gab und gibt es aber in Washington eine Konzeption? Es scheint doch so, dass man mindestens im karibischen Raum ein neues Kuba mit allen Mitteln, also auch mit einer militärischen Aktion zu verhindern gewillt ist, ohne allerdings zum Eingeständnis bereit zu sein, dass dieser Kontroll- und Interventionsanspruch im «nationalen Sicherheitsinteresse» eine amerikanische Analogie zur Breschnew-Doktrin beinhaltet. Morgenthau macht entsprechende Andeutungen – Vietnam sei nicht Kuba –, bei Kissinger aber bleibt die Frage offen, besser: sie wird gar nicht gestellt. Insofern können die noch so klärenden Ausführungen über eine multipolare Welt und die Notwendigkeit für die USA, ihr globales Engagement zu reduzieren, nicht befriedigen. Wenn die zentralen Fragen zu Tabus werden, die nicht diskutiert werden, und vage Formulierungen eine wegweisende Stellungnahme ersetzen, so besteht die Gefahr, dass in der kritischen Situation wiederum Ad-hoc-Entscheidungen erfolgen, die man anschliessend bereut.

Klarer Stellungnahme zu konkreten Fragen entziehen sich auch die Autoren des vom einflussreichen Washingtoner Center of Foreign Policy Research der Johns Hopkins University herausgegebenen Sammelbandes «*America and the World* –

From the Truman Doctrine to Vietnam»[11]. Obwohl historisch aufgebaut, soll der Band der Gegenwartsanalyse dienen und frägt nach Amerikas «vital interests» in einer Situation, wo die klare Konfrontation des Kalten Krieges diffus geworden erscheint und eine heftige inneramerikanische Auseinandersetzung die Frage nach der weltpolitischen Aufgabe der Vereinigten Staaten neu stellen lässt. Der Herausgeber *Robert E. Osgood* erinnert aber in der Einleitung daran, dass bereits der Koreakrieg eine Bewegung des «Reappraisal of American Policy» mit der Forderung «kein neuer Krieg auf dem asiatischen Festland» ausgelöst habe; überhaupt hätten sich immer wieder Entscheidungen aufgedrängt, die im Gegensatz zu den Verlautbarungen der Führung und den Forderungen weiter Kreise der Öffentlichkeit standen. Der angebliche Wandel von einer Bipolarität zu einer Multipolarität dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass die beiden Supermächte noch immer das Geschehen dominierten, nicht nur nuklearstrategisch, sondern auch politisch; die Dritte Welt habe heute weniger eigenständiges Gewicht als in den fünfziger Jahren, und Hoffnungen auf regionale Machtsysteme ohne enge Anlehnung an eine Supermacht hätten sich nicht erfüllt. Der traditionelle Begriff des Gleichgewichtes sei insofern überlebt, als etwa eine kommunistische Machtübernahme in einem Land wie Vietnam das militärisch-rüstungstechnisch fundierte Gleichgewicht des Schreckens kaum berühre, doch bestehe weiterhin eine Art psychologisches Gleichgewicht, das auf Machtverschiebungen empfindlich reagiere und die Einhaltung der «commitments» verlange.

In mehreren Abschnitten werden Entwicklungen seit dem Zweiten Weltkrieg verfolgt, Kontinuitäten und Wandlungen sichtbar gemacht; die Namen der Autoren verbürgen ein differenziertes Urteil. Ein Ergebnis ist jedoch nicht mit wenigen Worten zu formulieren: Amerika sei an einer «world order» interessiert, weil diese heute geradezu identisch ist mit der «security». Es fällt jedoch auf, dass zwar sehr ausführlich von der «Third World» die Rede ist, aber weder auf den Nahen Osten und Südostasien noch auf Lateinamerika näher eingegangen wird. Oder: es wird auf den Widerspruch zwischen der amerikanischen Forderung nach freiem Welthandel und den eigenen protektionistischen Tendenzen hingewiesen, es wird auch die Forderung der nicht-industrialisierten Länder, bei Zollermässigungsvereinbarungen eine Sonderstellung zu beanspruchen, plausibel gemacht (Ausnahmen bei der gerade von den Amerikanern bis anhin verlangten Reziprozität), aber kein Wort wird zum Beispiel der inneren Problematik amerikanischer Grossinvestitionen in Lateinamerika gewidmet – sei es die Sonderstellung gewisser Konzerne in einzelnen Ländern, sei es der massive Kapitalrückfluss, der zeitweise die Neuinvestitionen übersteigt und antiamerikanische Manifestationen verständlich macht. Eine Auseinandersetzung mit den «Revisionisten» erfolgt nicht, und die stellenweise hochgestochenen politologischen Analysen münden meist so allgemein aus, dass sie weder dem Politiker Entscheidungshilfen sein können noch dem Leser die vielfältigen Dilemmas vor Augen führen, die für die heutige Aussenpolitik Amerikas so bezeichnend sind.

Vielleicht ist es falsch, von solch allgemeinen Erwägungen, die vor allem den weltpolitischen Horizont klären und die globale Machtstruktur analysieren sollen, Hinweise zu erwarten auf die Frage, wie sich Washington in der einen oder anderen konkreten Situation – sollte sie eintreten – verhalten werde. Politische Einzelentscheidungen können selten theoretisch vorausgenommen werden, da sie abhängig sind von innen- und aussenpolitischen Imponderabilien. Was soll dann aber das Gerede von einer dringend notwendigen Neuorientierung der amerikanischen Aussenpolitik, wenn damit nicht viel mehr gemeint ist als ein Abbau des «overengagement» und die Warnung vor einem künftigen Landkrieg in Asien? Das ist alter Wein in alte Schläuche, wenn nicht mit einiger Klarheit ausgemacht wird, *wo* und *wie* die «balance of power», die sowohl Morgen-

thau als auch Kissinger anrufen, aufrechterhalten werden soll. In der Jordanienkrise war offenbar auch Kissinger drauf und dran, militärisch zu intervenieren, wenn die Palästinenser die Oberhand gewonnen hätten. Und bedeutet – ich wiederhole die Frage – die Aufforderung, sich in Asien auf Japan und den insularmaritimen Perimeter zurückzuziehen, jedwelchen Verzicht auf Interventionen in Südostasien? Und in Lateinamerika? Was bedeutet hier Aufrechterhaltung der «balance of power»? Man kann so oder so argumentieren und den einen oder anderen Kurs für richtig erachten, aber es scheint mir gefährlich und der postulierten Neubesinnung auf das «national interest» nicht dienlich zu sein, wenn selbst illustre Kommentatoren die entscheidenden Fragen jeweils ausklammern oder einer Stellungnahme mit brillant wirkenden Allgemeinheiten ausweichen: Die Vereinigten Staaten und die am komplizierten Entscheidungsprozess Beteiligten werden ihnen in den kommenden Monaten und Jahren, wenn nicht alles trügt, nicht ausweichen können!

Rudolf von Albertini

[1] Dean Acheson, President at the Creation – My Years in the State Department, Norton & Co., New York 1969. – [2] Arthur Krock, Memoirs, Sixty Years on the Firing Line, Funk & Wagnalls, New York 1968. Deutsche Ausgabe Bertelsmann Sachbuchverlag 1970 unter dem Titel «Ich und die Präsidenten, Als Journalist im Weissen Haus». – [3] John Kenneth Galbraith, Ambassador's Journal, Houghton Mifflin Co., Boston 1969. Deutsche Ausgabe: Droemersche Verlagsanstalt München-Zürich 1970 unter dem Titel «Tagebuch eines Botschafters, Ein persönlicher Bericht über die Jahre mit Kennedy». – [4] Carl-Christoph Schweitzer, Die USA und der Vietnam-Konflikt 1964–1967, Westdeutscher Verlag, Köln-Opladen 1969. – [5] Townsend Hoopes, The Limits of Intervention, An Inside Account of how the Johnson Policy of Escalation in Vietnam Was Reversed, David McKay Co., New York 1969. – [6] Ekkehart Krippendorff, Die amerikanische Strategie, Entscheidungsprozess und Instrumentarium der amerikanischen Aussenpolitik, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1970. – [7] Gabriel Kolko, The Roots of American Foreign Policy, An Analysis of Power and Purpose, Beacon Press, Boston 1969. – [8] Hans J. Morgenthau, A New Foreign Policy for the United States, Pall Mall Press, London 1969. – [9] Charles E. Bohlen, The Transformation of American Foreign Policy, Norton & Co., New York 1969. – [10] Henry A. Kissinger, American Foreign Policy, W. W. Norton & Co. Inc., New York 1969. Deutsche Ausgabe Econ Verlag, Düsseldorf, unter dem Titel «Amerikanische Aussenpolitik», 1969. – [11] America and the World, From the Truman Doctrine to Vietnam, ed. Robert E. Osgood, The Johns Hopkins Press, Baltimore 1970.

DIE ZUKUNFT DER ATLANTISCHEN ALLIANZ

Neue Studien zu Problemen und Aufgaben des atlantischen Bündnisses

Das nordatlantische Bündnis (NATO) wurde im Jahre 1949 in dem Gefühl einer unmittelbaren militärischen Bedrohung aus dem Osten gegründet. Dieses Gefühl der akuten Bedrohung hat sich inzwischen grundlegend geändert: Die politische Entspannung in Mitteleuropa hat seit etwa Mitte der sechziger Jahre – trotz unverminderter militärischer Konfrontation und akuten Krisen im Nahen Osten und in Südostasien – zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl im westlichen und zweifelsohne auch im östlichen Europa geführt. Die Krisenreihe von Prag und Korea bis Berlin und Kuba, die zur Gründung des westlichen Bündnisses geführt und in den nachfolgenden Jahren den wesentlichen Impetus zu seiner politischen Konsolidierung gegeben hat, ist abgeebbt. In manchen dieser Fragen, vornehmlich in der Berlin-Frage, scheint sich heute sogar eine Einigung, zumindest ein Modus vivendi, anzubahnen.

Ist die NATO überholt?

Das ist nicht ohne Auswirkung auf die Beurteilung der atlantischen Allianz geblieben. Bis zur sowjetischen Besetzung

der CSSR im August 1968 fand bereits eine beachtliche Diskussion darüber statt, ob die Paktsysteme im Westen wie im Osten überholt, ja überflüssig geworden seien. Die Ereignisse des August haben die Diskussion in dieser weitgehenden Form ein wenig gebremst; sie haben aber weder das westliche Sicherheitsgefühl in Europa besonders vermindert noch haben sie, wie in der Folge vergangener Krisen, zu einer verstärkten politischen Konsolidierung der NATO geführt. Diese Kombination von Faktoren – der unverminderte militärische Aufmarsch auf beiden Seiten der Konfrontationslinie, aber zugleich ein erhöhtes Sicherheitsgefühl und Zweifel an der Notwendigkeit, das westliche Bündnissystem bei gleicher Stärke aufrechtzuerhalten – muss als Hintergrund einer Reihe von (seit dem August 1968 erschienenen) Studien über Probleme und Aufgaben der atlantischen Gemeinschaft gesehen werden, deren zentrales Thema immer wieder ein engagiertes Plädoyer für die Aufrechterhaltung, die Festigung und den Ausbau der Allianz ist.

Nicht überraschen kann das bei *John J. McCloy*, dem ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissar in Deutschland und Mitbegründer der NATO. In seinem aus einer Vortragsreihe entstandenen Buch «*The Atlantic Alliance: Its Origin and its Future*»[1] stellt er den Faktoren, die in den vergangenen Jahren einer Erosion der Allianz förderlich gewesen sind, die Gründe gegenüber, warum diese Erosion aufgehalten und warum an der Allianz auch in den kommenden Jahren sowohl in amerikanischem wie europäischem Interesse festgehalten werden muss. Die relative Stabilität in Europa, die das Bündnis heute für manchen Beobachter überflüssig zu machen scheine, sei ja gerade eine Folge der Existenz des Bündnisses; ohne das Bündnis könne dieser Erfolg wieder verloren gehen. Wenn man aber glaube, dass gar keine Gefahr eines sowjetischen Angriffs auf Westeuropa bestehe, so müsse auf den eindrucksvollen militärischen Aufmarsch in Osteuropa hingewiesen werden: Denn paradoxerweise würde die westliche Furcht vor einem sowjetischen Angriff geringer, während gleichzeitig die militärischen Anstrengungen der Sowjetunion immer grösser würden.

Damit weist McCloy in der Tat auf eine bedeutsame Entwicklung hin. Es ist sicher richtig, dass diese militärischen Anstrengungen der Sowjetunion zum Teil noch das Resultat der Kuba-Krise sind und zum Teil einfach die Bemühung darstellen, mit den Vereinigten Staaten als globale Macht gleichzuziehen. Es könnte aber auch, so McCloy, ein klarer Versuch sein, die Überhand zu gewinnen. Jedenfalls sei es bedenklich, dass die Verstärkung des sowjetischen militärischen Potentials parallel verlaufe mit einem Trend zum amerikanischen Abbau in Europa. Auch ohne die Gefahr eines direkten Angriffs könne dadurch in Europa ein entscheidendes Übergewicht der Sowjetunion entstehen. Die Machtdifferenz zwischen ihr und Westeuropa sei heute für Westeuropa kaum günstiger als im Jahre 1949: Wenn diese Machtdifferenz damals Anlass zur Gründung der NATO war, so sollte sie heute Anlass zu ihrer Aufrechterhaltung sein. Die grössten Probleme dabei könnten in den kommenden Jahren ein (von de Gaulle geschürter) europäischer Provinzialismus und ein amerikanischer Isolationismus sein. Bei der Analyse dieser Probleme neigt McCloy allerdings zu einer gewissen Grosszügigkeit; bei der Beschwichtigung realer westeuropäischer Sorgen macht er es sich zu leicht. Den Mängeln der amerikanischen politischen Führung stellt er eine Versicherung der moralischen und materiellen Kraft der Vereinigten Staaten gegenüber; die Problematik der amerikanischen wirtschaftlichen Führung in Europa übergeht er mit dem Hinweis auf die Interdependenz des atlantischen Raums und die wirtschaftlichen Vorteile, die letzten Endes allen zugutekommen würden. Auf die politischen Implikationen wirtschaftlicher Dominanz, die dann relevant werden, wenn sich politische (und auch schon wirtschaftspolitische) Meinungen auseinander entwickeln, geht er nicht ein. Dennoch bleibt

das Buch für denjenigen lesenswert, der von engagierter Seite etwas über die Grundlagen der Allianz erfahren möchte.

Kardinalfragen der inneren Struktur

Will man hingegen etwas darüber lesen, wie die Allianz funktioniert, wenn die politischen Meinungen der Mitglieder tatsächlich auseinanderlaufen, so sollte man das soeben erschienene Buch von *Harlan Cleveland* mit dem Titel «*NATO – The Transatlantic Bargain*» zur Hand nehmen[2]. Auch bei Cleveland, dem ehemaligen amerikanischen Botschafter bei der NATO in Brüssel, überrascht es nicht, dass die grundlegende These des Buches ein Plädoyer für die Aufrechterhaltung und vor allem Verbesserung des Bündnisses ist. Aber er geht weit darüber hinaus. Ihm geht es nicht so sehr um die Grundlagen der Allianz, nicht so sehr um das «warum», sondern um das «wie». Mit einer fesselnden Nähe zur Praxis und anhand zahlreicher konkreter Beispiele untersucht er das zentrale Problem des Bündnisses: durch Information und Konsultation die verschiedenen Aussen- und Verteidigungspolitiken der fünfzehn Bündnispartner zu koordinieren. Dieses Thema, die Nähe zur Praxis und die fesselnde Art der Beschreibung machen das Buch zu der lohnendsten Lektüre der im Rahmen dieses Berichts besprochenen Untersuchungen.

Cleveland zitiert eine «goldene Regel», sozusagen den «kategorischen Imperativ» der Konsultation: Jedes Bündnismitglied sollte seine Partner so frühzeitig, so oft und so freimütig konsultieren, wie es das im umgekehrten Falle von seinen Partnern verlangen würde. Auch wenn getrennt gehandelt wird, müsse das Ziel sein, stets vorher gemeinsam zu beraten. Cleveland weist hier auf das bekannte Dilemma hin zwischen dem Obligo, frühzeitig und extensiv zu konsultieren, und der Tatsache, dass die Entscheidungen von fünfzehn nationalen Regierungen gefällt werden. Es sei praktisch unmöglich, im Bündnis offen über eine Frage zu diskutieren, die sich noch im Entscheidungsprozess innerhalb nationaler Regierungen befände. Nach der Entscheidung hingegen, die oft ein prekärer innenpolitischer Kompromiss sei, erscheine es als Wahnsinn, diese Entscheidung unter vierzehn Bündnismitgliedern wieder zur Disposition zu stellen. Das Resultat sei eine «doppelte Moral»: Während man von seinen Partnern frühzeitige und offene Beratungen erwarte, lege man die eigenen, bereits gefällten Entscheidungen entweder gar nicht vor oder nur, um die Unterstützung der Bündnispartner zu erlangen.

Besonders betroffen von dieser doppelten Moral seien die Vereinigten Staaten, von denen einerseits am meisten erwartet würde (sie sind Weltmacht, der stärkste Partner und die wichtigste Informationsquelle im Bündnis), die aber andererseits dazu neigten, den Konsultationsprozess nur als Mittel zu sehen, um sich der Unterstützung des Bündnisses für ihre Politik zu versichern. Cleveland plädiert überzeugend für eine Änderung dieser Einstellung: Nicht nur sei es erwiesen, dass zu manchen Fragen die besseren Ideen aus Europa kämen (zum Beispiel hinsichtlich der Richtlinien für den Gebrauch taktischer Nuklearwaffen); er überlegt auch, ob nicht manche der Entscheidungen in Vietnam besser ausgefallen wären, wenn sie zuvor den Bündnispartnern vorgelegen hätten.

Faszinierend sind die Beschreibungen des alliierten Konsultationsprozesses über die amerikanische Entscheidung zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems oder über den Atomwaffensperrvertrag; beunruhigend ist seine Beschreibung im Falle der sowjetischen Invasion der CSSR. Der diensthabende Offizier im NATO-Hauptquartier hörte die Nachricht zuerst in einem nächtlichen Rundfunkprogramm, das er sich zufällig anhörte! Bis zur Ratssitzung am folgenden Nachmittag gab es keinen freien Informationsaustausch unter den Verbündeten: Die Amerikaner wollten nicht alles sagen, was sie wussten; die Briten wollten nur sagen, was sie wussten, wenn die Amerikaner alles sagten; die Franzosen schliesslich wollten niemanden unterrichten.

Cleveland folgert, dass die NATO bei sogenannten Manövern des Ostblocks wachsamer sein müsste – aber hat das NATO-Hauptquartier das wirklich erst im August 1968 gelernt? Sicher schien die Stossrichtung eindeutig auf die Tschechoslowakei gerichtet zu sein, aber, schreibt Cleveland, wäre das nur Täuschung gewesen und wären die Truppen über die CSSR hinaus nach Bayern einmarschiert, so wäre die NATO in der Nacht des 21. August nicht vorbereitet gewesen.

Ausführlich und mit scharfem Blick untersucht Cleveland zwei Themen, die jetzt und in den nächsten Jahren im Bündnis eine wichtige Rolle spielen werden: die Frage der amerikanischen militärischen Präsenz in Europa und die Frage gemeinsamer westeuropäischer Verteidigungsanstrengungen. Beiden Fragen hat sich die «Euro-Group» angenommen, jene lose, konsultative Verbindung von zehn europäischen Verteidigungsministern. Cleveland weist mit Recht darauf hin, dass es für diese Gruppe leichter sein wird, sich darüber zu einigen, was von den Amerikanern getan werden sollte als darüber, was die Europäer tun sollten. Sollte die Tätigkeit der Gruppe jedoch auf das erste beschränkt bleiben, so sei zu erwarten, dass die amerikanisch-europäischen Beziehungen dadurch eher belastet als erleichtert würden.

Bekannte Überlegungen

Neben diesen beiden, von den Praktikern McCloy und Cleveland verfassten Studien stehen vier von Wissenschaftlern verfasste oder zusammengestellte Untersuchungen. Am enttäuschendsten ist das von *Robert H. Connery* herausgegebene Buch «*The ‹Atlantic Community› Reappraised*», welches das im Titel enthaltene Versprechen einer neuen Beurteilung keineswegs einzuhalten vermag[3]. Im Gegenteil: die Diskussion der bekannten Probleme wirkt durch die üblichen Argumente eher langweilig als nachdenklich; zudem sind die einzelnen Arbeiten einerseits so stark historisch, andererseits so spekulativ, dass die meisten für die gegenwärtige Debatte als entweder bekannt oder überholt angesehen werden können. Allerdings mag man den Autoren zugute halten, dass die Arbeiten vielleicht besser geworden wären, wenn die Konferenz, auf der sie im April 1968 hätten vorgetragen werden sollen, nicht wegen der Studentenunruhen an der Columbia-Universität in New York ausgefallen wäre.

Neben den Themen, die die Wandlungen der sowjetischen Bedrohung, die amerikanische und britische Europapolitik und die Verteidigungspolitik Grossbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland in bekannter Weise behandeln, bilden die drei Aufsätze über technische, finanzielle, wirtschaftliche und handelspolitische Probleme der atlantischen Welt eine gewisse Ausnahme. Besonders zu erwähnen ist der Aufsatz «Technology and Trade: Sinews of Atlantic Partnership» von *Willis C. Armstrong*. Armstrong vertritt in erster Linie zwei Thesen: Er plädiert für eine Handelsliberalisierung der atlantischen Staaten gegenüber den Entwicklungsländern. Zu Recht weist er darauf hin, dass die Entwicklungsländer von den Industriestaaten stets zu eigener Leistung angespornt würden, die Industriestaaten aber immer dort, wo die Entwicklungsländer durch einen komparativen Kostenvorteil zu eigener Leistung fähig wären, die stärksten Einfuhrbarrieren errichteten.

Auf dem Gebiet der Technologie, meint Armstrong, würde Westeuropa nur mithalten können, wenn es zu einer wirklichen Einheit zusammenwüchse. Dieses Problem müssten die Europäer selber lösen. Die Amerikaner könnten nur, wie bisher, politische und wirtschaftliche Toleranz beweisen. Solange aber die westeuropäische Reaktion auf dem Gebiet der Technik so defensiv bleibe wie in der Landwirtschaft, bestünde wenig Hoffnung auf Fortschritt in diesen Fragen.

Diese Analyse steht in deutlichem Gegensatz zu der des britischen Professors *George Catlin* in «*The Atlantic Common-*

wealth»[4]. Catlin – und insofern unterscheidet er sich stark von den anderen hier besprochenen Autoren – plädiert nicht für ein politisch einiges Europa im Rahmen einer atlantischen Gemeinschaft, sondern für eine lockere atlantische Freihandelszone (AFTA), beruhend auf enger Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien. Diese Freihandelszone, die auf der EFTA aufgebaut werden solle, könne «auch andere, zum Beispiel EWG-Staaten einschliessen». Offensichtlich geht es hier um einen Versuch, der «special relationship» zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich einen neuen Inhalt zu geben – und dem Vereinigten Königreich auf diese Weise zu einer neuen Weltrolle zu verhelfen. Dabei verhehlt Catlin weder seinen Hass gegenüber de Gaulle (er zitiert Churchill, der de Gaulle einen «grossen Feind der englischsprechenden Völker» nannte, und schämt sich auch nicht der Andeutung, dass der französische Rückzug aus der NATO-Integration vielleicht nur von Vorteil sei, da das französische NATO-Kontingent «von Spionen durchsetzt» gewesen sei) noch verschleiert er seine Arroganz: Während er vor einer deutsch-französischen Vorherrschaft in Westeuropa warnt, setzt er eine britische Vorherrschaft mit politischer Stabilität gleich. Insgesamt handelt es sich um ein Buch, das eher von der Trauer um das britische Weltreich und einem englischen Kulturnationalismus als von der praktischen Politik inspiriert worden ist.

Theoretische Analysen

Wenn McCloy und Cleveland die Praktiker der Allianz sind, so sehen die beiden amerikanischen Professoren *Robert L. Pfaltzgraff, Jr. («The Atlantic Community – A Complex Imbalance»*[5]*)* und *Francis A. Beer («Integration and Disintegration in NATO»*[6]*)* die Allianz als Theoretiker. Beide stellen hohe – vielleicht zu hohe – Anforderungen an die Allianz. Aber während Pfaltzgraff sie für die Zukunft stellt, stellt Beer sie für die Vergangenheit. Dabei kommt Beer zu dem Schluss, dass die Allianz diesen (seinen) Anforderungen nicht genügt hat. Insofern wird das Buch von der Enttäuschung des Autors darüber geprägt, dass es zu keiner weitreichenden Integration im politischen, wirtschaftlichen, technischen, ja, noch nicht einmal im militärischen Bereich gekommen ist und dass es im Bündnis weder «binding decisions» noch eine «common policy» gibt. (Es überrascht nicht, wenn man bemerkt, dass Beer ein Schüler von Ernst B. Haas ist.)

Auch wenn es gelegentlich ein wenig oberflächlich und rein deskriptiv ist (leider manchmal auch dort, wo es besonders wichtig und interessant gewesen wäre, eine genaue Analyse zu erhalten, zum Beispiel bei der Untersuchung des Einflusses des Generalekretärs), so gehört dieses Buch doch zu den besten Übersichten über die vielfältigen Institutionen und Tätigkeiten des nordatlantischen Bündnisses. Deshalb kann man es demjenigen, der solche Information sucht, nur empfehlen; dem, der darüber hinaus eine kritische Analyse sucht, würde man empfehlen, es im Zusammenhang mit dem Buch von Cleveland zu lesen. Sehr interessant ist zum Beispiel das Kapitel über die politischen Konsultationen. Beer betrachtet es als Schwäche, dass im NATO-Rat nicht abgestimmt wird, sondern dass der Vorsitzende nur das zusammenfasst, was er als den Konsens ansieht; Cleveland hingegen sieht gerade darin eine Stärke, denn nur so lässt sich auch bei fortbestehenden Meinungsverschiedenheiten eine gemeinsame «Bündnishaltung» erarbeiten, die bei Abstimmungszwang nicht zustande gekommen wäre (weil die Meinungsverschiedenheiten dann nicht stillschweigend übergangen werden könnten, sondern ausgetragen werden müssten). Zweifellos trifft hier zu, was Armstrong in dem bereits erwähnten Artikel schreibt: Die atlantische Gemeinschaft kann nicht so sehr Resultat einer einmaligen politischen Entscheidung sein als das der weiteren Entwicklung eines Gefühls der Interdependenz und der Zusammengehörigkeit.

Inwiefern dieses Gefühl auch institutionalisiert werden sollte und inwiefern es durch die Institutionalisierung gefördert werden könnte, dazu bietet das Buch von Pfaltzgraff anspruchsvolle und anregende Ausführungen. Pfaltzgraff, wie den anderen Autoren, geht es vor allem um den Zusammenhalt zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa, aber anders als Catlin beschränkt er sich nicht auf emotionale Appelle, noch übergeht er, wie McCloy, leichthin die Probleme dieses Zusammenhalts. Die wichtigsten Spannungsursachen im Bündnis sieht Pfaltzgraff in einer Reihe von strategischen, technologischen und wirtschaftlichen «Ungleichheiten» zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa. All das, was McCloy für nicht so wichtig hält – die strategischen Differenzen, die technologische Lücke, die Frage amerikanischer Investitionen in Westeuropa, der Vertrauensverlust in die amerikanische politische Führung –, hält Pfaltzgraff für entscheidend im europäisch-amerikanischen Verhältnis. Dabei liefert er eine eingehende und aufschlussreiche Analyse der einzelnen Probleme. Eine Überwindung dieser Probleme und die Sicherung des Zusammenhalts zwischen Nordamerika und Westeuropa sieht er in der Überwindung der «Ungleichheiten», sprich in der Einigung Westeuropas. Hier trifft sich Pfaltzgraff mit Beer; wie Beer meint er, der Weg zu diesem Ziel führe vor allem über die Bewältigung der engen europäischen Nationalismen und über den Willen der Westeuropäer, gemeinsame Institutionen mit wirklichen Entscheidungsbefugnissen zu schaffen.

Allerdings macht Pfaltzgraff es sich nicht so leicht, einfach anzunehmen, dass eine Angleichung der politischen, wirtschaftlichen und technischen Fähigkeiten auch automatisch zu einer Interessenparallelität führen müsse – eine Annahme, die noch zu Beginn der sechziger Jahre unbesehen hingenommen wurde. Vielmehr würde die Angleichung der Fähigkeiten nur zu einer Eliminierung der Reibungen, die aus der Ungleichheit entstehen, führen. Darüber hinaus müsse die atlantische Zusammenarbeit intensiviert werden, um einmal etwaigen neuen Reibungen zu begegnen (etwa aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb der gleichen Grössen), zum anderen aber um den atlantischen Konsens, das Gefühl der Gemeinsamkeit, zu erweitern und zu festigen. Das könne nicht zuletzt durch engere und institutionalisierte Kontakte in Form von Arbeitsgruppen und regelmässigen Treffen der Regierungschefs und wichtigsten Minister erreicht werden. Eine gemeinsame, über die Verteidigung hinausgehende Aufgabe wäre dann der Umweltschutz im weitesten Sinne: die Verbesserung der «Qualität» des menschlichen Lebens in den atlantischen Staaten. Denn – wie Cleveland betont – wenn das, was verteidigt werden soll, von der Bevölkerung nicht mehr als verteidigungswert empfunden würde, hätte das westliche Bündnis seinen Sinn verloren. Sämtliche der hier erwähnten Autoren heben hervor, dass die Fähigkeit zur Lösung dieser anstehenden Probleme vorhanden ist – wenn nur der politische Wille ebenfalls vorhanden ist. Darauf, in der Tat, kommt es an.

Dieter Mahncke

[1] John J. McCloy, The Atlantic Alliance – Its Origin and its Future (Benjamin F. Fairless Memorial Lectures 1968), Carnegie Press, Pittsburgh (Pennsylvania) 1969. – [2] Harlan Cleveland, NATO – The Transatlantic Bargain, Harper and Row, New York 1970. – [3] Robert H. Connery (Hrsg.), The «Atlantic Community» Reappraised (Proceedings of the Academy of Political Science, Volume XXIX, Number 2), Capital City Press, Montpelier (Vermont) 1968. – [4] George E. G. Catlin, The Atlantic Commonwealth, Penguin Books, Harmondsworth 1969. – [5] Robert L. Pfaltzgraff, Jr., The Atlantic Community – A Complex Imbalance, Van Nostrand Reinhold Company, New York 1969. – [6] Francis A. Beer, Integration and Disintegration in NATO – Processes of Alliance Cohesion and Prospects for Atlantic Community, Ohio State University Press, Columbus (Ohio) 1969.

DAHINTER: TERRAIN VAGUE

Bemerkungen zu den Büchern von Walter Helmut Fritz

1

Zum erstenmal begegneten wir uns im Herbst 1956 am Bodensee. Wir sprachen über Lyrik und über die Eigenschaften des November. Gedichte von Walter Helmut Fritz hatte ich in Zeitschriften gelesen, seinen ersten Gedichtband «*Achtsam sein*» hatte er mitgebracht[1]. Karl Krolow rühmte in einem Vorwort die Redlichkeit der Verhaltenheit, die stille Grazie einer Verszeile. Ich meine, das seien durchaus richtige und den Gedichten von Walter Helmut Fritz adäquate Feststellungen; indessen scheint mir ein anderes Faktum wesentlicher: die Unmittelbarkeit des lyrischen Augenblicks, die uneingeschränkte Präsenz der Impression, auch im Gespräch. Fritz gelingt es, ein Stück Welt unmissverständlich und definitiv zu vermitteln, er hält dem Gedicht jede Möglichkeit zur Porosität offen, dem Leser aber jede Ausschweifung in die Imagination. Das Nennen von Details, die rasche und zuverlässige Skizzierung von Nuancen sind grundsätzliche Merkmale der Lyrik von Walter Helmut Fritz. Seine Gedichte sind Nachrichten über das Unwiederbringliche des Lebens, nicht selten von Melancholie geprägt:

Unverstanden die kurze Allee,
abgestimmt
auf das Septemberlicht
über den Dahlien.

Dahinter: terrain vague.
(«*Vorort*» *aus:* «*Achtsam sein*»)

Die Gedichte, die 1956 während der ausgiebigen Spaziergänge am Bodensee Gegenstand der Unterhaltung waren, enthielt der erste Band. Zwei Jahre später folgte ein zweiter: «*Bild + Zeichen*»[2]. Die Thematik hatte sich entfaltet, die Sprache war luftiger, unbekümmerter geworden, und noch genauer liessen sich die Wesenszüge unseres Dichters feststellen. Bemerkenswert wurde nun, wie Fritz das Unbeschädigte von Bild und Sprache bald zu einem Torso, bald zum kargen Gemälde, und bald zum üppigen Fresko zusammenfügte. Die spröden, aus der selbstverständlichen Anschauung und Bewegung entstandenen Gebilde überwiegen, sie wirken aber nie asketisch, nie dürftig und auf keinen Fall künstlich. Die Wahl der Motive weist auf südliche Fahrten und Aufenthalte hin, die grosszügigen Gewächse dieser Landschaften werden durch Licht aufgelockert, Kontur und Impression werden im Gedicht sorgfältig nachvollzogen:

Du hast es gesehen
über der Landschaft Cézannes,
wo der Lärm der Zikaden
Räume der Stille öffnete.
(«*Blaues*» *aus:* «*Bild + Zeichen*»)

Eine imaginäre Figur bei der Erkundung einer Übereinkunft von Anmut, Würde und Kalkül. Da stellen sich die Funde ein, die in der Lyrik von Walter Helmut Fritz zahlreich sind, die ruhige Geste wird bedeutend:

Dort Schattensteine, Rufe, weggeweht,
Akazienschweigen –
wie willst du ihnen gegenüber
dich verhalten?
(«*Augenblick*» *aus:* «*Bild + Zeichen*»)

2

1963 hat Walter Helmut Fritz seinen dritten Gedichtband «*Veränderte Jahre*» erscheinen lassen[3]. Hundert Seiten Gedichte – man reagierte auf den ersten Anhieb skeptisch, zurückhaltend, misstrauisch, und in einem gewissen Sinn interesselos. Diese unvorbereitete Einstellung veränderte sich aber mit empfindlicher Plötzlichkeit: diese Gedichte haben intensivere Strukturen, sie sind grosszügiger, verschwenderischer. Die Variabilität der Mitteilungen ist eindrucksvoll, der Verdacht der beliebigen Routine könnte aufkommen, wird aber zerstreut angesichts derartiger Gebilde:

Ich nehme dich wahr
in der brennenden Frühe,
die sich niederlässt in der Stadt
und da und dort zu Gladiolen wird.

Und an anderer Stelle:

Ich finde dich wieder,
wie du diese von Lichtwirbeln
grüne Frühe
in Händen hältst.

Diese Passagen gehören zu den *Liebesgedichten*, zur ersten Gruppe des Buches «*Veränderte Jahre*»; es sind verhaltene Manifestationen eines Lebensgefühls, Berichte geheimer Gewohnheiten, die Grazie der Minuten belebt Dinge, Vorgänge und Aktionen. Walter Helmut Fritz unterliegt nicht dem glücklichen Abenteuer, er bewältigt Ereignis und Erfahrung mit Sprache. Die ruhige Sprachgebärde, die zögernde Genauigkeit und das karge, spröde, nie überschwengliche Nennen und Mitteilen sind der legitime Beweis seines Sagens und Schreibens, ohne Sentiment, die Bewegung nie hastig, eher zurückhaltend, der Befund ist oft eine vollkommene, makellose Metapher. Ich meine, Fritz gelingen dank diesen Eigenschaften Gedichte von kräftigem Zauber, die Etikette unserer Tage: unvoreingenommene sachliche Depesche, aufschlussreiche lyrische Information bestätigt sich bei Fritz aufs schönste. Die beiden anderen Gruppen dieses dritten Bandes, die mit *Zahlreiches Leben* und *Veränderung* überschrieben sind, enthalten Hinweise auf die Fülle und die Veränderungen des Daseins, das sich in die Jahre verflüchtigt. Die leichte Porosität, die diese Gedichte auszeichnet, verleiht ihnen den heiteren Glanz, die einprägsame Würde, die unvermutete zuverlässige Eleganz. Dies zeigt sich auch in der Auswahl der Gedichte von Jean Follain[4], die Walter Helmut Fritz aus dem Französischen übertragen hat, nicht immer genau, aber in der Stimmung durchaus entsprechend; die Synonymität der Gedichte Follains mit denjenigen von Fritz ist nicht zu übersehen. Ist das ein Nachteil? Keineswegs, denn das Gedicht als sinnliche Manifestation ist nie eindeutig aus der Fülle der Wahrnehmungen und der Imagination herzuleiten, bei Fritz wie bei Follain entsteht Poesie ohne Aufwand, als selbstverständliche Leistung.

3

1964 legte Fritz eine Sammlung kurzer Prosastücke vor: «*Umwege*»[5]. Dies war eine Fortsetzung seiner Thematik: Fritz erkundet sprachlich eine Gegend, die ihn interessiert, die er kennt, die ihn beschäftigt. Menschen, die bei Gelegenheit einer notwendigen Strukturveränderung eingeführt werden, sind auf Funktionen reduziert: Figuren, Mannequins, Statisten, manipulierbar, faszinierend, überraschend, einleuchtend.

Im gleichen Jahr, 1964, liess Fritz die «*Zwischenbemerkungen*» erscheinen[6]. Verkürzungen, Abbreviaturen, lyrisch aphoristische Aperçus, Marginalien, zum Beispiel:

Unterwegs in der Stadt, unterwegs zwischen Menschen. Bewegungen aufeinander zu. Bewegungen voneinander weg. Aber es war nicht so, dass die Körper sich als Volumen bemerkt hätten. Die Menschen waren vielmehr das Ausgesparte, die Stellen, die leer geblieben waren, durch die man hindurchsehen konnte auf etwas, das niemand zu bezeichnen den Mut hatte.

Die konsequente Fortsetzung von «*Umwege*» und «*Zwischenbemerkungen*» folgte in den «*Bemerkungen zu einer Gegend*»[7], 1969. Die vegetative Landschaft der früheren Texte wird zur intellektuell nachvollziehbaren durch Verstellung: indirekte Reflexionen, sie erinnern in vielem an «*Tel Quel*» von Paul Valéry, sind vielleicht weniger kompromisslos in der Formulierung, in der Präsentation; Ausschnitte, sorgfältige und unauffällige Kommentare von Vorgängen und Erfahrungen, freundliche Melancholie und zweifelnde Zuversicht prägen diese Texte. Walter Helmut Fritz ist über die Prosa, die lapidaren Zwischenbemerkungen zum lyrischen Bericht zurückgekehrt, Gedichte in Prosa, eine selten gewordene Form in der deutschen Literatur:

Vermittlung

Ein Körper: eine Person, aber auch das, was sie ausserhalb ihrer selbst zuerst vorfindet; etwas, was sieht und gesehen werden kann; sich seinem Schatten zu erkennen gibt; eine Geschichte hat, die auf etwas anderes hinweist; sich am Leben hält durch die Furcht, nicht fertig zu werden mit dem, was zu tun ist; die Worte kennenlernt als Möglichkeiten, die jeden Tag fremdartiger werden; weiss, dass das Begreifen unentwirrbar vermengt ist mit dem, was man falsch macht.

In seinen 1966 erschienenen Gedichten «*Die Zuverlässigkeit der Unruhe*»[8] erreichte Fritz Höhepunkte seiner deskriptiven, erfinderischen und überschaubaren Literatur, beispielsweise im Gedicht «Columbus»:

Neulich
bin ich Columbus begegnet,
in einer Seitenstrasse Genuas,
nicht weit von seinem kleinen Haus.

Er war gerade
von seiner dritten Reise zurückgekommen.

An die Existenz
eines neuen Festlandes
habe er im Grunde
nicht geglaubt, sagte er.

Die Alten
hätten ja nichts davon gewusst.

Vielmehr habe er zeitweise
den Eindruck gehabt,
er nähere sich dem Paradies.

Beobachtungen an Strömungen
hätten ihn auf den Gedanken gebracht.

Aber Kastilien war doch schöner,
meinte er.

Wenn er tatsächlich
eine neue Küste gefunden habe,
werde er es erst später verstehen.

Wenigstens besteht die Möglichkeit,
fügte er hinzu.

Der Identifikationscharakter mit Figuren, Erfahrungen und Ereignissen ist in diesen Arbeiten ein Glücksfall; selbst wenn man oft den Eindruck von müheloser Perfektion erhält, sind die Texte doch gegen jede Tendenz gearbeitet, überzeugend, klipp und klar.

Nach den Prosastücken *Umwege* erschienen 1965 die Romane «*Abweichung*»[9], 1970 «*Die Verwechslung*»[10]. Die Ähnlichkeit der Motivik ist auffallend: 1965 ging es Fritz um die direkte Verfremdung von Stoff und Handlung, die Beschreibung schwierigen Zusammenlebens, komplizierte Kommunikation, anstrengendes Verstehen. 1970 nun geht es Fritz um eine indirekte Verfremdung: Zerstörung der Kommunikation, deren Auflösung und den Versuch der Wiederherstellung. Abweichung und Verwechslung: beides könnten Gedichttitel sein, die sich widersprechen, ergänzen oder gegenseitig aufheben. Fritz ist konsequent: er erfüllt seine eigene Forderung, die er einmal, im Gedicht «Beim Lesen der philosophischen Tagebücher Leonardos» erprobt hat:

Ich las,
dass die Glocke
den Lärm des Schlages
in sich bewahrt.

Dass das Auge
die Bilder des leuchtenden Körpers
in sich bewahrt.

Dass Verlängerungen möglich sind
über alle Dinge hinaus.

Dass der Beweis nicht taugt
ohne Gegenbeweis.

Dass die Sonne
niemals irgendeinen Schatten
gesehen hat.

Dass von der Sonne
die Seelen herrühren.

Dass der Mond dicht und schwer ist,
dicht und schwer.

Dass die Wirkung teil hat
an der Ursache.

Dass die Luft von vielen geraden Linien
erfüllt ist.

Dass die Augenblicke
die Endpunkte der Zeit sind.

Ich meine die Forderung nach Mutmassungen, Hypothesen, zuverlässigen Zweifeln und vorübergehenden Überzeugungen.

4

Walter Helmut Fritz schreibt, wie er mir vor Wochen sagte, nun auch an Hörspielen. Ob ihm Ähnliches gelingen wird wie in den Gedichten, in der Prosa? Diese Manifestationen kritischer, rationaler und emotionaler Prägung sind eine Mischung aus Misstrauen und zuversichtlicher Gelassenheit, freundlichem Unbehagen und «intellektueller Heiterkeit». Im Hörspiel wird Fritz, Voraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen vor Augen, seine Motivik mit veränderter Stimme weiterführen und bereichern, die Sicherheit seiner Sprache aber keinen Augenblick in Frage stellen. Zum Schluss möchte ich ihm, Walter Helmut Fritz, eines seiner schönsten Gedichte zu bedenken geben:

Schnee, Blüte
zwischen den Säulen,
die das glühende Dunkel
über dem Land aufgerichtet hat.

Schnee, grosse Blüte,
die der Mann sieht,
in der makellosen Stille
und auf der Suche nach allem,
was er gefunden hat.

Schnee, grosse geöffnete Blüte,
welche die Frau sieht
unter dem Himmel,
der von Zukunft schäumt.

Schnee, grosse geöffnete Blüte Tod,
die der Mann und die Frau sehen,
während sie sich in den Wind hüllen,
der überall seine Herrschaft antritt.

(«Schnee, Blüte» aus: «Veränderte Jahre»)

Heinz Weder

[1] Vorstadtpresse, Biel 1956. – [2] Claassen Verlag, Hamburg-Düsseldorf 1958. – [3] Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1963. – [4] Langewiesche-Brandt, Ebenhausen bei München 1962. – [5] Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1964. – [6] Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1964. – [7] S. Fischer Verlag, Frankfurt a. Main 1969. – [8] Hoffmann & Campe Verlag, Hamburg 1966. – [9] Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1965. – [10] S. Fischer Verlag, Frankfurt a. Main 1970.

NAHAUFNAHME OHNE NÄHE

Zum Roman «Ernste Absicht» von Gabriele Wohmann[1]

Was ich noch bei keinem andern Buch erlebt habe: sobald ich den Roman von Gabriele Wohmann schloss, ohne das Wort, bei dem ich stehengeblieben war, genau zu markieren, war ich rettungslos verloren, konnte mich beim Vor- und Zurückblättern schlechterdings nicht mehr erinnern, ob ich diese oder jene Stelle schon gelesen hatte. Das ist vielleicht eine Äusserlichkeit – aber symptomatisch nicht nur für das bewusst, ja maniriert Unorganisierte des Buches, sondern noch mehr für seine eigenartige Monotonie (bei allem Wechsel der Schauplätze und Figuren), für das Einheitliche, streng Festgelegte der Schreibweise, das offenbar Zwangshafte des hier beschriebenen Welterlebens.

Von Buch zu Buch hat sich der Stil Gabriele Wohmanns deutlicher ausgeprägt. Wenn die Entwicklung eines Schriftstellers darin besteht, das Unverwechselbare seines Stils immer stärker zu akzentuieren, so ist das jüngste Buch von Gabriele Wohmann, ihr dritter Roman, ohne Zweifel ein Höhepunkt ihres Schaffens. (Anders müsste urteilen, wer die Entwicklung des Schriftstellers darin sehen will, dass er seinem Stil immer mehr Möglichkeiten zu geben, ihn gewissermassen über sich selbst hinauszuführen vermag.)

Der Stil Gabiele Wohmanns: genau hinsehen, ohne eigentlich zu analysieren, die Oberfläche, das Sichtbare festhalten, mit photographischer Schärfe, Nahaufnahme im grellen Sonnenlicht oder unter den Scheinwerfern des Studios, die Kamera auf Details gerichtet, noch schärfer einstellen, ohne verwischende Farbtupfer. Was so entsteht, ist dennoch keine Photographie, eher eine Karikatur: versehen mit nur einer Spur der Übertreibung, einer kleinen, aber entschiedenen Beigabe an

Verzerrung. Das Mittelmässige wird noch mittelmässiger, das Durchschnittlich-Unerfreuliche noch durchschnittlich-unerfreulicher, das Bösartige im kleinen noch bösartiger und noch kleiner, das Menschliche erscheint nur als Allzumenschliches.

Diesen Stil kennt man aus den Kurzgeschichten Gabriele Wohmanns, und indem wir uns erinnern, dass die Autorin vor allem als Verfasserin von Kurzgeschichten an die Öffentlichkeit getreten, auf jeden Fall damit den eindeutigeren literarischen Erfolg hatte als mit den Romanen, sind wir schon bei der Schablonenfrage der Kritiker angelangt, die fast unausweichlich lauten muss: schafft sie diesmal «den» Roman, oder wäre ihr besser der schulterklopfende Rat zu erteilen, es mit literarischen Kurzformen bewenden zu lassen? Weniger schablonenhaft - schulmeisterlich - besserwissend gestellt, hat die Frage allerdings ihre Berechtigung. Sie muss dann heissen: kann auf diese Weise, das heisst mit Genauigkeit und irritierter Aufmerksamkeit, aber letztlich ohne Sympathie eine Welt in jener andeutungsweisen Ganzheit dargestellt werden, wie sie der Roman, auch derjenige moderner Prägung, verlangt? (Georg Lukács: «Die grosse Epik gestaltet die extensive Totalität des Lebens ...»)

Kein Zweifel, dass Gabriele Wohmann in diesem Werk den Anspruch stellt, mehr als nur jenen Ausschnitt darzustellen, den sie in der Kurzgeschichte so brillant beherrscht – oder vielmehr: dass sie im Ausschnitt ein Ganzes reflektieren will.

Der Ausschnitt: das ist der Krankenhausaufenthalt einer etwa vierzigjährigen, geschiedenen Frau, einer erfolgreichen Schriftstellerin, deren Ähnlichkeit mit der Autorin gewiss nicht auf Zufall beruht. Dazwischen, das dünne Rinnsal des chronologisch erzählten Krankenhausaufenthaltes immer mehr zuschüttend, in Rückblenden, Erinnerung, Vorstellung, die Welt dieser Frau: ein Aufenthalt in Rom, einer in Amerika, Parties, Vorlesungen, verlogene Höflichkeitsgespräche, ahnungslose Fragen der Journalisten und Leser an die Adresse der Schriftstellerin, Zeitgeschichte herangezogen in Schlagwortfetzen, in Kaskaden von spitzen, leicht ironisierten Bemerkungen, angereiht in einer ganz erstaunlichen verbalen Produktivität. Wichtiger aber ist der private Lebenskreis (die zeitbezogenen Passagen wirken trotz der sprachlichen Brillanz eigenartig angeklebt): die eigene Familie, von der sie geschieden ist, ohne sich lösen zu können, der polygame Geliebte, der sich zu keinem Entschluss, keinem Brief und keinem Werk aufraffen kann.

Das ist alles scharf, prägnant – und unbarmherzig gesehen, wird sofort zur Groteske, die zum Lachen zwingt, ohne dass man weiss, ob man lachen soll. Über eine alte Krankenschwester heisst es etwa:

«19.25 h. Eine kleine apfelförmige, ziemlich braunhäutige Schwester sagt: Ich bin Schwester Johanna. Ich bin die Nachtschwester. Damit beugt sie jeder Verwechslung mit einer überwinterten Reinette vor und reicht mir einen Fieberthermometer; sie sieht auch einer älteren Stubenfliege ziemlich ähnlich und tut niemandem etwas zuleide.» Und nicht nur die gerade erlebte Gegenwart wird so scharf gezeichnet, sondern auch Erinnerung, auch das, was nur in der Vorstellung vorhanden ist. Die Phantasie Gabriele Wohmanns arbeitet ebenso präzis wie ihre Beobachtung.

So betrachten wir den Maskenzug eines ganzen Lebens. Aber die bunte Parade wird angeführt, gestört, beherrscht vom Tod, der durch den Aufenthalt im Krankenhaus, durch die Möglichkeit eines letalen Ausgangs der Operation oder einer unheilbaren Krankheit immer gegenwärtig ist – als Todesangst und Todessehnsucht zugleich. Der Keim des Todes steckt überall im Leben: die kranke Frau, heimgesucht von Todesgedanken und Lebensangst, steht äusserlich als Erfolgreiche zwischen zwei Männern, die, jeder auf seine Weise, Versager sind: der Ex-Gatte liess sich, halb freiwillig, aus seiner Stellung als Leiter einer Anstalt drängen, der Geliebte ist ein Raffael ohne Hände, ständig mit letzten Dingen beschäftigt, wobei er seine orphischen Gedankensplitter übereinanderkritzelt, so dass einer den andern aus-

löscht. Und überall werden Fluchtwege aus diesem scheiternden Leben beschritten: Pharmazeutika, Alkohol, psychosomatische Erkrankungen. Der Ort aber, wo traditionellerweise Hilfe gespendet, gefährdetes Leben gerettet wird, das Krankenhaus, erscheint als seelenlose Maschinerie, als in Routine eingefrorene unwirksame Organisation der Hilfsbereitschaft.

Eine vielfältige Welt also – und doch bleibt das Dargestellte auf eine schwer definierbare Weise blass: eine unabsehbare Reihe scharfgestochener Miniaturen, jede einmalig – und schliesslich trotzdem alle auswechselbar.

Nicht auswechselbar aber und eindrücklich ist das schreibende Ich selbst, die Frau im Krankenhaus. Nicht dass sie als Person wirklich sichtbar würde, nicht dass sie ihr Inneres analysierte, ja auch nur preisgäbe: sie ist eindrücklich nicht als Figur im üblichen literarischen Sinn, sondern als Möglichkeit, die Welt zu sehen, Welt aufzunehmen, in der Welt zu stehen. Wenn je in einem Buch, ist hier – ob mit Absicht der Autorin, ob gegen ihre Absicht – das fast Unmögliche verwirklicht, dass der Stil des Autors sich selber darstellt; indem Welt dargestellt wird, erweist sich der Stil als eine unumgehbare Art, in der Welt zu stehen.

Stilistisch gesehen heisst das, dass die Welt in Nahaufnahme und doch ohne innere Nähe gesehen wird, erlebnismässig, dass das sprechende Ich sich von den Menschen nicht lösen kann, ohne doch an sie gebunden zu sein. Die Frau möchte mit ihrem Geliebten zusammenleben und durchschaut ihn doch restlos in seiner Schwäche, sie hat sich von ihrem Mann scheiden lassen, ohne doch aufzuhören, sich auf ihre Art um ihn zu kümmern. Sie ist mit der Welt verhakt und doch nicht verbunden, gefesselt und doch nicht gehalten, irritiert und doch ohne Kontakt, bedrängt und doch nicht überwältigt.

Ihre Beobachtung macht vor sich selber nicht halt, und sie beschreibt hart und unerbittlich ihr Verhältnis zur Welt:

«Du hältst dich da und da heraus, auch wenn es nach Einmischung aussieht. Natürlich, du behauptest, deine Irrtümer, deine Leiden, deine Beteiligungen seien Stationen auf dem Weg zur Wahrheit, aber deine Wahrheit ist bestenfalls die Neugier ...»

Damit aber ist das Thema genannt, das untergründig das ganze Buch durchzieht: der Wunsch auszubrechen, zur Welt in ein anderes Verhältnis zu kommen, die Wahrheit zu sagen. «Tritt hinaus in die Offenheit der Sprache», lautet eine der mystisch-leeren Phrasen Rubins, der selber nicht fähig ist, seine Erkenntnis in Worte zu fassen oder auch nur einen Brief zu schreiben. Und auch sie selber möchte wenigstens im Augenblick des Todes die Wahrheit über sich sagen und stellt sich diesen Augenblick vor:

«Also, jetzt bist du tot. Da besichtigen sie dich alle. Zuvor hast du ihnen endlich schnell noch gesagt, was überhaupt immer mit dir los war. Keine Lügen mehr.»

Wäre also das Buch ein Bericht aus wenigstens vorgestellter Todesnähe, der Versuch, diese «Wahrheit» zu geben, von welcher Rubin, der Geliebte, nur träumt? Es ist vielmehr ein Dokument des Scheiterns solcher Bemühungen, Dokument auch der verzweifelten Resignation. «Sterbend enttäusche ich keine einzige Ansicht über mich», heisst der letzte, der wirklich abschliessende Satz des Buches. Das schreibende Ich bleibt gebunden an seine registrierende Sprache, die festhält, ohne ganz zu erfassen, die genau ist, ohne wahr zu sein.

Nicht eine Totalität der Welt also gibt das Buch, wohl aber die umfassende Darstellung einer Sehweise. Es gibt sich sachlich, und ist doch auf eine vertrackte Weise so akzentuiert persönlich, dass auch die Reaktion des Lesers darauf eine persönliche sein muss und die Kritikerfrage, «ob das Buch als Roman gelungen sei oder nicht», sich selbst ad absurdum führt. Vielleicht ist es weniger ein Roman als dessen Innenansicht: es ist Werk und Werdegang des Werkes in einem, gibt das Geformte und dessen unabwendbare Bedingtheit zugleich.

Elsbeth Pulver

[1] Gabriele Wohmann, Ernste Absicht, Roman, Luchterhand-Verlag, Neuwied und Berlin 1970.

Die literarische Produktion ist hektisch, sie überrascht, verblüfft, schockiert und bemüht sich auf mancherlei Weise, die Aufmerksamkeit der staunenden Menge auf sich zu lenken. Spiele und oft auch Spielereien sind an der Tagesordnung. Um so stärker trifft uns das Wort, das nichts anderes sein kann als Wahrheit. *Heilwig Eulenburg*, ein unbekannter Name, steht auf dem Taschenbuch «*Zu nah, Texte über mich*», und die anderthalb hundert Seiten, die es umfasst, treffen den Leser schonungslos und direkt[1]. «Ich muss mich damit abfinden»: so lautet der erste Satz und zielt ohne Umschweife auf die Wirklichkeit, mit der sich die Verfasserin auseinanderzusetzen hat. Man erfährt, dass sie studiert hat, man erfährt in knappen Hinweisen etwas über Kommilitoninnen und Kommilitonen. Aber die Vereinzelung und Vereinsamung des von Krankheit Getroffenen ist schon im ersten Satz spürbar: Ich – nicht ein Kollektiv, nicht eine bergende Gemeinschaft – muss mich damit abfinden.

Die erste Erfahrung ist die, dass alle Tage, die noch kommen, geschenkte Tage sein werden. Mit einer durch Sachlichkeit und Klarheit beklemmenden Konsequenz schreitet Heilwig Eulenburg den Kreis aus, der sich um sie geschlossen hat. Zunächst in Begriffsbestimmungen. Was ist das Normale, was war die Kindheit, was ist Liebe und was Arbeit? Die Aufzeichnungen, die von Satz zu Satz das Gefühl des Endgültigen, Unkorrigierbaren und Abgeschlossenen vermitteln, stellen Fakten fest. Ein Abschnitt der «Texte über mich» ist betitelt «Meine Wahrheit» und lautet: «Meine Wahrheit will das Bleiben erschweren, der Gemütlichkeit im Wege stehen. Und eben diese Gemütlichkeit versucht man zu retten und gleichzeitig die Wahrheit zu finden. Der Widerspruch fängt also in der Absicht an, man kann sich schlecht dagegen wehren.»

Schritt für Schritt nimmt die Krankheit den Körper in Besitz. In knappen, kurzen Sätzen, in einer Art Protokoll ist das festgehalten. Gleichzeitig aber stellen diese Aufzeichnungen einen Akt des Widerstandes dar. Die von Krankheit Befallene, Todgeweihte sucht Klarheit. Was ist Zeit? Was ist Leben? Die Verfasserin dieser Texte schreibt nicht, um Literatur zu verfertigen. Sie schreibt, weil das Wort ihre Existenz wird. Auch in den Texten, in denen es ihr gelingt, sich selbst zu objektivieren, indem sie nicht mehr in der ersten Person, sondern in der dritten spricht: in den Abschnitten «Fast ich: Apollonia» und «Nicht ich: Krank».

Der Verlag teilt mit, dass Heilwig Eulenburg 1939 in Berlin geboren wurde, Romanistik studierte und mit einer Arbeit über «Die Bewältigung des Leidens im französischen Roman» promovierte. Ihre wichtigste Erfahrung sei das Kranksein, das sie «zum Anlass nahm, eine Reduktion von Leben zu umschreiben, in der Kranksein als Antrieb ausgenützt wird». Vor der Kraft und der Klarheit ihrer Aussage vermag Literatur, die auf Wirkung bedacht ist und die – wie Thomas Bernhard vielleicht sagen würde – Kunststücke vorführt, nicht zu bestehen. Die «Texte über mich» sind ein Massstab.

Anton Krättli

[1] Heilwig Eulenburg, Texte über mich, R. Piper & Co., Verlag, München 1970.

Internationale Politik

Der in Princeton lehrende *Klaus Knorr* hat schon 1955 ein Buch über das Problem der Macht in der internationalen Politik veröffentlicht, das inzwischen eine Art Klassiker geworden ist. Seine neue Studie «Military Power and Potential» (D. C. Heath, Lexington, Mass.) behandelt wiederum das gleiche Thema in ähnlicher Weise und führt es weiter in die veränderten Umstände der Gegenwart. Das Buch ist einer traditionell beschreibenden Methode verpflichtet, hat aber den grossen Vorzug, dass es aus einer gründlichen Kenntnis der modernen sozialwissenschaftlichen Forschung geschrieben worden ist und immer wieder auf diese Bezug nimmt.

*

Paul Y. Hammond hat seine Darstellung der amerikanischen Aussenpolitik der Nachkriegszeit («The Cold War Years: American Foreign Policy Since 1945», Harcourt, Brace & World, New York) nach Amtsperioden der amerikanischen Präsidenten aufgebaut. Dahinter steckt ein ganz bestimmtes Konzept: nämlich die Ansicht, dass die Vorstellungen des Präsidenten den wichtigsten Faktor in der Gestaltung der Aussenpolitik bilden. Allerdings ist Hammond vorsichtig genug, dieses Konzept nicht einfach schematisch anzuwenden; sein Buch ist vielmehr eine fesselnde Darstellung des Ringens zwischen Präsidenten, öffentlicher Meinung und Kongress um den jeweiligen Kurs der amerikanischen Aussenpolitik.

*

In der von Kenneth M. Dolbeare herausgegebenen Anthologie «*Directions in American Political Thought*» (John Wiley & Sons, Inc., New York) finden sich alle wichtigen amerikanischen Verfasser grundlegender politischer Schriften in repräsentativen Auszügen aus ihren Werken vertreten. Die Sammlung setzt mit Klassikern wie Thomas Paine und Thomas Jefferson ein und führt bis Martin Luther King und Stokely Carmichael. Das Schwergewicht der Auswahl liegt im 20. Jahrhundert; hier wird eine zum Verständnis der gegenwärtigen Strömungen und Konflikte im amerikanischen politischen Denken sehr gut geeignete Grundlage vermittelt (Abschnitte aus Werken von Russell Kirk, Milton Friedmann, John Kenneth Galbraith, Stokely Carmichael usw.).

*

In einer Zeit, da sich Schaumschläger aller Art mit ständig zunehmender Lautstärke in die Diskussion um Krieg und Frieden einschalten und allerlei Ungereimtes über eine angeblich für alle Übel der Welt allein verantwortliche «spätkapitalistische Rüstungsindustrie» von sich geben, muss man ein Buch wie das vom prominenten amerikanischen Nationalökonomen Kenneth E. Boulding herausgegebene «*Peace and the War Industry*» (Aldine Co., Chicago) doppelt schätzen. Boulding weist anhand der amerikanischen Entwicklung seit 1929 nach, dass die Rüstungsausgaben keineswegs irgendwelchen finsteren Machenschaften entsprangen und dass Rüstung keineswegs zu einer «Militarisierung» des Lebens geführt hat, sondern vielmehr die Militärs sich angewöhnt haben, «businesslike» zu denken. Der Band enthält daneben verschiedene sehr interessante und von kompetenten Verfassern geschriebene Beiträge über Fragen der Abschreckung, des Militarismus, der Konfliktspsychologie und der Rüstungskontrolle. Alle Beiträge zeichnen sich durch ihre hervorragende Qualität aus, und sie geben in leichtverständlicher Weise Aufschluss über die gegenwärtigen Fronten der Forschung.